

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40 M. Eintrag in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlung- und Baustellen Anzeigen die 3spaltige Kolonial-Beile 50. Geschäftsanzeigen werden nicht angenommen.

## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grew, Druck von E. A. S. Meißner & Co. beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: S. Schneider, Hannover. Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. - Fernsprech-Anschluss 3002.

### Die schöpferische Fähigkeit der Organisation.

II.

#### Das Geheimnis der Macht.

Die belgischen Gewerkschafter, die zum Studium der deutschen Arbeiterbewegung in Deutschland weilten, haben nach den Ausführungen Delvignes die Notwendigkeit erkannt, durch die Methode der zentralistischen Organisation zu größerer Macht und Stoßkraft zu gelangen. Und nach den weiteren Ausführungen Delvignes sind sie auch hinter das Geheimnis der Macht gekommen. Nach dem Delvigne die Einrichtungen des Bergarbeiterverbandes näher geschilbert hat, schreibt er:

„Welcher innere Organismus sichert die tadellose Funktion des Räderwerks einer so mächtigen Maschine? Es ist ein ganzes Netz von Angestellten und Vertrauensleuten, auf denen fast ausschließlich die ganze Last ruht.“

Das Geheimnis dieser gewaltigen Macht heißt: vollständige Zentralisation, Aufklärung und Unterordnung. Das sind die Kennzeichen einer leidenschaftlichen, klaren und starken Klassenbewegung.“

Mit diesen Worten ist denn auch das Geheimnis der Macht, deren das Proletariat im erbittertesten aller Klassenkämpfe so notwendig bedarf, trefflich gekennzeichnet. Es ist mit hoher Freude zu begrüßen, wenn das unterdrückte und ausgebeutete Proletariat aller Länder immer mehr zu der Erkenntnis gelangt, daß mit allen Mitteln auf die Stärkung und den Ausbau der Organisation hinzuwirken ist und daß die Disziplin und Einigkeit in den eigenen Reihen das höchste Erfordernis einer machtvollen Entwicklung der Arbeiterbewegung ist. Das gilt heute mehr denn je zuvor. Denn es hat sich in den Absichten und arbeitserfeindlichen Plänen der Unternehmer in dem Maße ein völliger Umschwung bemerkbar gemacht, in dem die Konzentration des Kapitals und die Entwicklung der Großindustrie Fortschritte machte. Unter dem Einfluß einer unermüdbaren Agitation der Tille und Bued geht das Unternehmertum mehr und mehr dazu über, im Gegensatz zu der auch von Unternehmern anerkannten Auffassung, daß durch starke Organisationen auf beiden Seiten eine planmäßige Regelung des Arbeitsvertrages angestrebt werden müsse, seine Organisation zu dem ausgesprochenen Zwecke auszubauen, die moderne Arbeiterbewegung zu vernichten oder doch zur Einflußlosigkeit zu verdammen. Und es ist für die Kampfesweise der Scharfmacher außerordentlich charakteristisch, daß wiederum die Vertrauensleute und Führer der Arbeiterorganisationen das Ziel der Angriffe und Verleumdungen abgeben mußten. Besonders der ehemalige Generalsekretär des Verbandes der Industriellen, Bued, hat die Unternehmer immer wieder eindringlich darauf hingewiesen, daß sie sich aufs engste zusammenschließen mußten, daß sie zu einem letzten großen Entscheidungskampfe zu rufen hätten, um zu verhindern, daß die Unternehmer schließlich ganz unter die Herrschaft der Arbeiterführer kommen. Jetzt sei der Unternehmer noch Herr im Hause und könne daher dieses Recht noch durch zeitigen Anschluß an die Organisation der Unternehmer gegen die Machtgier und Machtansprüche der Gewerkschaftsführer wirksam verteidigen — gar bald könne es dazu zu spät sein! Diese wüste Agitation hat es dahin gebracht, daß sich die Unternehmer mehr denn zuvor auf den Herr-im-Hause-Standpunkt gestellt haben, so daß es immer schwieriger geworden ist, den Arbeiterforderungen in friedlicher Weise Geltung zu verschaffen und das Verhandlungsprinzip durchzuführen.

Die unwahrscheinliche, verleumderische und scharfmacherische Hege gegen die moderne Arbeiterbewegung und ihre Führer hat die unerreichtesten und bedenklichsten Erscheinungen gezeitigt. Ist es doch üblich geworden, daß die Unternehmer lieber mit Streikbrecheragenten verhandeln und sich von diesen die unwürdigsten Bedingungen verschreiben und das minderwertigste Menschenmaterial vermitteln lassen, nur um den Eindruck nach außen hin zu erwecken, daß die Arbeiterforderungen so unverjährbar und unerfüllbar seien, daß sich darüber mit den Vertrauenspersonen der organisierten Arbeiter schlechterdings nicht verhandeln lasse — schon deshalb nicht verhandeln lasse, weil alsdann das Ansehen des „Arbeitgebers“ dauernden Schaden erleiden und die Gefahr der „Allein herrschaft“ der Arbeiterführer in bedrohlicher Nähe erscheinen müsse. So hat das Scharfmachertum und die kapitalistische Gesellschaft es weiter dahin gebracht, daß die sozial minderwertigen Elemente zu den verhäßlichsten Lieblingen der Unternehmer, Behörden, Gerichte und der Regierung geworden sind, zu deren „Schutze“ mit allen Mitteln der Provokation und Verleumdung ein neues Zuchthausgesetz vorbereitet wird, um in erster Linie die Vertrauenspersonen und Streikposten der Arbeiter und damit die Entwicklung der Arbeiterbewegung aufs empfindlichste zu treffen. Kein Angehöriger der kapitalistischen Klassen darf heute ein günstiges Urteil über die Arbeiterbewegung und ihre Führer aussprechen oder in den Parlamenten für die Interessen der Arbeiter und für das Koalitionsrecht eintreten, ohne sich den schwersten Angriffen der Scharfmacher auszusetzen. Als neuerdings gar ein leidenschaftlicher Syndikus eines Unternehmervereins, Dr. Stapf vom Verband Thüringischer Industrieller, sich in einem Vortrage günstig über die Gewerkschaften und ihre Führer aussprach, wobei er vor Juristen und Verwaltungsbeamten den Gewerkschaftsführern die geschickte Vertretung der Arbeiterinteressen und die genaue Kenntnis der industriellen Lage nachrühmte, da rief er auch sogleich den hellen Ton der Scharfmacher wach, und die konservative „Kreuzzeitung“

holte zu so schweren Angriffen gegen den Syndikus Dr. Stapf aus, daß dieser sich genötigt sah, dem Blatte eine Erwiderung zugehen zu lassen. Die „Kreuzzeitung“ brachte nun zwar diese Erwiderung nicht, aber dessen ungeachtet zog sie gegen diese und ihren Urheber vom Leder und schrieb dazu im August v. J. unter anderem:

„Dr. Stapf besenkt sich zu der Anschauung, und wiederholt sie, so oft er Gelegenheit hat (so heißt es in der Erwiderung), „daß die Führer der Gewerkschaften häufig intelligente Leute sind, die mit Geschick die Interessen ihrer Arbeitkollegen vertreten und ihre Industrie kennen.“ — Hiernach scheint Dr. Stapf gewerkschaftliche Machtproben mit politischem Hintergrund noch niemals erlebt und von der Gewerkschaftsliteratur für einen Arbeitgeberverbandsyndikus auffallend geringe Kenntnis zu haben. Für ihn selbst ist es ja recht erfreulich, daß er derartige angenehme Erfahrungen mit den sozialdemokratischen (!) Gewerkschaftsführern gemacht hat. Da diese Erfahrungen aber — zu den größten Seltenheiten gehören, hätte er, schon aus Rücksicht auf die Gesamtheit der deutschen Unternehmer, mit einem so allgemein gehaltenen und vortrefflichen Zeugnis für die Gewerkschaftsführer zurückhalten müssen. — Wir bleiben also trotz der Erwiderung dabei, daß die Arbeitgebererschaft sich solche Rundgebungen von ihren Vertretern ernstlich verbitten müsse. Und wir halten auch den Schlusssatz der Stapfschen Erwiderung für keineswegs angebracht, sondern nur für geeignet, den roten Klassenkämpfern Vorstoß zu leisten. Darin heißt es: er (Dr. Stapf) sei in seinen Auslassungen von der Auffassung geleitet gewesen, „daß die Arbeiter gleichberechtigte Kontrahenten des Arbeitsvertrages und gewissermaßen auch Menschen sind.“ Welchen Zweck diese aufreizende Bemerkung (!) haben soll, ist nicht verständlich, wenn man sie nicht als Hyphantismus nach unten aufsaßt.“

Dieser bössartige Erguß kennzeichnet sich als das Symptom einer planmäßigen Hegebewegung der Provokation und Verleumdung, die sich zu dem Zwecke gegen die moderne Arbeiterbewegung und ihre Führer richtet, das Koalitionsrecht zu zertrümmern und die Arbeiterbewegung aufzureiben. Wie hätte sich sonst auch eine Tageszeitung mit einem so wahnwitzigen Erguß vor die Öffentlichkeit getrauen dürfen und die selbstverständliche Forderung, daß die Arbeiter als gleichberechtigte Kontrahenten im Arbeitsvertrage und als Menschen zu betrachten sind, als aufreizend und dem roten Klassenkampf Vorstoß leistend hinstellen können, ohne dem Fluch der Rächlichkeit anheimzufallen? Aber darin stimmt die „Kreuzzeitung“ ja mit den bestehenden und herrschenden Klassen überein, daß dem Arbeiter die Gleichberechtigung im Arbeitsvertrage und die Menschenrechte vorzuenthalten sind, soll nicht der Bestand der kapitalistischen Gesellschaftsordnung untergraben werden. Ihnen zum Trost fordern die Arbeiter dennoch ihre Rechte, und durch Einigkeit und Disziplin werden sie auch zum Ziele kommen.

### Die internationale Entwicklung der Arbeiterversicherung.

IV.

In Rußland ist erst in der allerjüngsten Zeit die Arbeiterversicherung gesetzlich geregelt worden. Ein Gesetz vom 6. Juli 1912 unterwirft alle Arbeiter in gewerblichen Betrieben der Krankenversicherungspflicht. Auf Gegenseitigkeit mit Selbstverwaltung beruhende örtliche Krankenkassen führen die Versicherung durch. Die Arbeiter zahlen 2/5, die Arbeitgeber 2/5 vom Lohn als Beitrag. Das Krankengeld beträgt die Hälfte bis 2/3 vom Lohn für Arbeiter mit Angehörigen und ein Viertel bis zur Hälfte für Alleinstehende auf die Dauer bis zu 26 Wochen. Dasselbe Gesetz bringt auch für den gleichen Kreis von Personen die Zwangsversicherung gegen Betriebsunfälle. Die Versicherung wird durch Versicherungsgenossenschaften durchgeführt, die auf Gegenseitigkeit mit Selbstverwaltung beruhen. Die Unternehmer zahlen die Beiträge hierzu allein. Die Leistungen sind ähnlich wie in Deutschland geregelt; so tritt die Versicherung erst mit der 14. Woche nach dem Unfall ein, die Vollrente beträgt 66 2/3 Prozent des Jahreslohnes usw. Eine Invaliden- und Altersversicherung besteht außer für die bei der Eisenbahn und in Bergwerken Beschäftigten nicht.

In Australien und Neuseeland dürfte die Arbeiterversicherung gegenwärtig wohl am eigenartigsten geregelt sein. Das Bundesgesetz vom 10. Juni 1908 führte für alle sechs australischen Staaten ein einheitliches Recht ein. Die Spezialität der australischen Gesetzgebung besteht darin, daß sie Renten ohne Beitragsleistung gewährt. In den Gesetzesmotiven hieß es, „daß es der Billigkeit entspricht, daß rechtschaffene Personen, welche während der Kraft ihres Lebens dazu beigetragen haben, die öffentlichen Lasten der Kolonie durch die Zahlung von Steuern zu tragen und ihre Hilfsquellen durch ihre Arbeit und Fähigkeit zu erschöpfen, in ihrem Alter von der Kolonie eine Rente erhalten.“ Die Renten werden vom 65. Lebensjahre, in gewissen Fällen schon vom 60. Jahre an gewährt. Die Renten betragen bis zu 26 Pfund Sterling pro Jahr. Für die Betriebsunfälle ist den Unternehmern der Entschädigungszwang nach gesetzlich festgelegten Normen auferlegt worden. Die Krankenversicherung wird in freien Arbeiterhilfsklassen durchgeführt.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika geschieht die Durchführung der Arbeiterversicherung fast ausnahmslos durch private Institute. Für die Krankenversicherung bestehen

örtliche Hilfsklassen, die Hilfsklassen der Gewerkschaften und der Bruderschaften, die die verschiedenartigsten Einrichtungen besitzen. Die Unfallfürsorge will ein Haftpflichtgesetz regeln. Dasselbe legt dem Unternehmer eine Reihe von Verpflichtungen auf. So ist er verpflichtet, für sichere Maschinen, Gebäude usw. Sorge zu tragen. Er ist verantwortlich für jede von einem unfähigen Mitarbeiter verursachte Verletzung, wenn er von der Unfähigkeit Kenntnis hatte. Wenn indes ein verletzter Arbeiter Entschädigung haben will, muß er den Nachweis liefern, daß er den Unfall nicht mitverschuldet hat. Ein Erzeugnis des Haftpflichtgesetzes ist die Existenz zahlreicher Haftpflichtversicherungsgesellschaften, welche durch Verträge mit den Unternehmern gegen hohe Prämien die gesetzliche Verantwortlichkeit für die Folgen der Betriebsunfälle übernehmen. Eine Invalidenversicherung besteht so gut wie noch nicht; die Altersversicherung wird vielfach von den Hilfsklassen mit durchgeführt.

Der Ueberblick zeigt, daß die Geschichte der Entwicklung der deutschen Arbeiterversicherung auch mehr oder weniger übereinstimmend die Phasen der Entstehung der sozialen Versicherungen aller Länder und somit der Versicherung überhaupt darstellt. Die Länder mit kräftiger und zielbewusster Arbeiterbewegung, die es namentlich versucht, auf die Gesetzgebung einzuwirken, haben auch die verhältnismäßig beste Arbeiterversicherung. Wir sehen das namentlich an dem Beispiel Australiens.

Aber noch eine Tatsache ist in die Augen fallend: manche Länder haben Einrichtungen, welche die deutschen in den Schatten stellen. Vielfach ist der Versicherungszwang weiter ausgedehnt und man hat auch vor den kleinen Unternehmern nicht halt gemacht. In Deutschland hütet man sich ängstlich, diesen „Rubikon zu überschreiten“, wie sich Posadowski einmal ausdrückte. Man will hier zwischen den unselbständigen und den selbständigen Existenzen keine Brücke schlagen und nichts Gemeinsames einführen, lediglich aus politischen Gründen. Die Leistungen (Unterstützungen) der ausländischen Versicherungen gehen vielfach über das in Deutschland übliche Maß hinaus. Um nur eins zu erwähnen, so ist in einigen Ländern die Krankenfürsorge auf die ganze Familie ausgedehnt. Die Organisation der Versicherung ist vielfach (z. B. in England) demokratischer als bei uns. Nicht überall besteht die gleiche Bevormundung der Versicherungsträger und Versicherter wie in Deutschland.

In die Augen fallend ist weiter, daß ausländische Staaten im weit umfangreicheren Maße Zusätze zu den Leistungen der Krankenversicherung beigegeben, bereinzelt trägt der Staat die gesamten Lasten der Invaliden- und Altersversorgung. In Deutschland gewährt der Staat nur den „Reichszuschuß“ zu jeder Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenrente im Höchstbetrage von 50 Mark pro Jahr.

Die Arbeitslosenfürsorge ist fast in allen modernen Kulturstaaten besser geregelt als in Deutschland. Wenn sich auch noch kein Land dazu aufgeschwungen hat, sie in die Form der Zwangsversicherung zu kleiden, so wird aber doch meist in der Gestalt des „Genter Systems“, das einen wahren Siegeszug über die Erde angetreten hat, ein Aufschub geleistet zu der Arbeitslosenunterstützung, die von den Arbeiterorganisationen gewährt wird. Auch hierzu hat man sich in Deutschland, wo jedes Gesetz darauf geprüft wird, welchen Einfluß es auf die Sozialdemokratie ausübt, aus politischen Gründen noch nicht verstreuen können. Hier glaubt man, die Einrichtung führe nur dazu, die Gewerkschaften zu stärken. Was jedenfalls mit Rücksicht auf die gesetzliche Förderung der Unternehmerorganisationen nur recht und billig wäre, wenn es zuträfe.

Man sieht also, daß die deutschen Patrioten gar kein Recht haben, sich wegen ihrer Arbeiterversicherung aufs hohe Pferd zu setzen. Andre Staaten haben uns schon überflügelt. Leider sind auch keine Ausflüchte vorhanden, daß Deutschland die noch vorhandenen Mängel der sozialen Versicherung in absehbarer Zeit beseitigt. Die „Reaktion“ gegen die Versicherungsgesetzgebung macht sich in Deutschland immer breiter. Wirkte seitiger Deutschland auf andre Staaten anspornend, so beeinflusst es jetzt dieselben lähmend.

Auf der internationalen Konferenz für Sozialversicherung, die im Jahre 1911 in Dresden stattfand, hat der Direktor der Landesversicherungsanstalt der Hansestädte (!), Geheimrat Vielesfeldt, einen Vortrag gehalten, in dem er sich scharf gegen „eine Ueberbäumung der Zwangsversicherung“ wendete, und zwar nicht nur wegen der „psychologischen Folgen“, die eine schrankenlose Erweiterung des Versicherungszwanges zeitigen müsse, sondern vor allen Dingen auch deshalb, weil die Bedürfnisse der Menschen mit dem steigenden Einkommen immer reichhaltiger und mannigfaltiger würden. Eine Zwangsversicherung könne angeblich nur innerhalb eines gewissen Schenias Fürsorge gewähren. Diesen recht eigenartigen Ausführungen Vielesfeldts schloß sich der Kongress an. Er nahm folgende Resolution einstimmig an:

1. Die Zwangsversicherung hat die Aufgabe, die Grundlagen der sozialen Versicherung zu schaffen. Sie muß alles das umfassen, was zur Sicherstellung einer geordneten Lebensführung für die nichtbesitzenden, regelmäßig nicht mehr als den notwendigen Lebensunterhalt durch Lohnarbeit verdienenden Volksklassen erforderlich ist, nämlich Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters-, Witwen- und Waisenversicherung, sowie vorbestehenden Schutz gegen vorzeitige Erwerbsunfähigkeit durch Krankheit oder Unfall.

2. Jede weitere Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der minderbemittelten Volkskreise ist durch Ausbau der freiwilligen

versicherung anzustreben, und zwar sowohl für Zwangsversicherte als für den der Zwangsversicherung nicht bedürftigen Mittelstand."

Nach alledem bleibt es mehr und mehr der Sozialdemokratie überlassen, den Gedanken zu propagieren, daß es Aufgabe der Allgemeinheit (des Staates) ist, in umfassendstem Maße für seine bedürftigen Glieder zu sorgen. Ein Mittel, daß diese Einrichtung anbahnt, ist der möglichste Ausbau der sozialen Versicherung.

F. M.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag für Schutz der Arbeiter in der chemischen Industrie. — Eine Resolution für die Siegelarbeiter angenommen. — Das Kaligesez.

Am Dienstag, dem 21. Januar, begannen die Spezialverhandlungen der Stas des Reichsoms des Innern. Das Reichsamt des Innern gliedert sich wieder in mehrere Ämter, und bei diesen werden dann eine Reihe von Forderungen von den Rednern geltend gemacht. Die Verhandlungen stellen ein buntes Allerlei dar. Neben weniger wichtigen werden da der Gesetzgebung oft sehr wichtige Anregungen gegeben. Beim Reichsversicherungsamt unter allgemeinen Fonds ist unter Titel „Belastung des Reichs aus den auf Grund der Reichsversicherungsordnung zu gebührenden Leistungen“ die Summe von 57 120 000 M. eingetragen; gegen das Vorjahr 748 000 M. mehr. Der Sozialdemokrat Wolfenbühler wies nun nach, daß die Mathematiker der Regierung eine Berechnung angefertigt hätten, welche die Zahl der Waisen und Waisen als zu hoch ergeben hat. Es sind die Zahlen aus dem Jahre 1882 von der Regierung zugrunde gelegt. Auf Grund der über die Wirklichkeitsziffer hinausgehenden ermittelten Zahl sind die Leistungen an Witwen und Waisen zu niedrig bemessen worden. Auf sozialdemokratischen Antrag hatte die Budgetkommission eine anderweitige Feststellung beschlossen. Dem Antrag schloß sich der Reichstag an. Die Zentralstelle für Volkswohlfahrt erhält 12 500 M. aus Reichsmitteln. Da ein Teil dieses Geldes auch Verwendung findet zur Stärkung und Förderung der bürgerlichen Jugendbewegung so unternahm es Schulz, das parteipolitische Vorgehen der bürgerlichen Jugendpolitik zu beleuchten. Die Patrone der bürgerlichen Jugendbewegung nehmen aber das Recht für sich in Anspruch, der Jugend das „politische Lied“ vorzusingen. Und sie finden die Melodie nicht „gastrisch“.

Zur Unterstützung von Familien der zu Friedensübungen eingezogenen Mannschaften sind 8 909 000 M. angefordert. Von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Rauch wurde die niedrige Unterstützung verlangt. Zum Beispiel ist für das Rechnungsjahr 1913 eine Heranziehung von 46 836 Mann mehr zu Friedensübungen in Aussicht genommen. Die für diese zu zahlende Unterstützung ist auf 468 373 M. geschätzt, also pro Kopf auf 10 M. Einstimmig beschloß der Reichstag eine Erhöhung der Unterstützung. Von der Beratung des Stas des Innern im Vorjahre harrten noch 54 Resolutionen und Anträge der Abstimmung, darunter natürlich mehrere, die sich auf die gleichen Grundsätze bezogen und von den verschiedenen Fraktionen eingebracht waren; Resolutionen, die eine Ausgestaltung und Sicherung des Koalitionsrechts bezweckten, weitere Ausgestaltung der Tarifverträge, Regelung der rechtlichen Verhältnisse der Berufsvereine forderten und die Schaffung eines Reichsreinigungsamtes wünschten. Weiter wurden die Arbeitskammern wieder gefordert. Die Abstimmung erfolgte Mittwoch, den 22. Januar. Die genannten Resolutionen gelangten zur Annahme. Für unsre in der chemischen Industrie beschäftigten Kollegen ist es von Wichtigkeit, zu erfahren, daß der Reichstag zum erstenmal sich für Schutz der chemischen Arbeiter grundsätzlich erklärt hat. Der Kollege Drey hatte im Vorjahre eine Resolution folgenden Wortlaut verfaßt:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 1201 der Gewerbeordnung eine Bundesratsverordnung zu erlassen, welche Bestimmungen zum Schutze der in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter vorschreibt, vor allem An-

- 1. Festsetzung eines familiären Maximalarbeitstages (§ 1201 der Gewerbeordnung) für alle Betriebsabteilungen, in welchen giftige Stoffe hergestellt oder verarbeitet werden;
2. Einschränkung der Überzeitarbeit und Verbot der überlangen Beschäftigungen;
3. Bewährung eines wöchentlichen Ruhetags für die an Sonn- und Feiertagen Beschäftigten;
4. Verbot der Überarbeit für Arbeiter, die mit giftigen, Feuer- und explosionsgefährlichen Stoffen zu hantieren haben;
5. Belehrung der Arbeiter über die Gefahren bei der Verarbeitung von giftigen, feuergefährlichen und explosionsgefährlichen Stoffen sowie über die gesetzlichen Vorschriften zum Schutze der Arbeiter;
6. Normalvorschriften für familiäre Einrichtung der Arbeitsräume, Bäder- und Badeanstalten, Kantine- und Speisräume;
7. ständige Untersuchung und Beobachtung der Betriebe und der Arbeiter durch beamtete Ärzte;
8. Anweisung von Arbeitervertretern zur Mitbestimmung bei Arbeitschutz- und Unfallverhütungsmaßnahmen.

Diese Resolution kam mit einer überwältigenden Mehrheit zur Annahme. Die Abstimmung erfolgte durch Erheben von den Händen; außer einigen Nationalliberalen und den Konservativen stimmte der gesamte Reichstag der Resolution zu. Trotzdem der Beamten für Behandlung der Interessen der chemischen Industrie unter jenen Angelegenheiten eine Antragsveranstaltung über die Wirkung der aufgestellten Forderungen und die Forderungen sich gegen den Antrag erklärte, so wurde ein Beschluß des Reichstags für Arbeiter in der chemischen Industrie gefaßt. Allerdings ist er dazu noch nicht durchgeführt. Es kommt auf die Stellungnahme des Bundesrats und schließlich auf die Form der Ausführung an. Aber zu beiden Stellung zu nehmen, dazu ist im Reichstag Gelegenheit gegeben, die sich genügt werden wird. Das Zentrum forderte in einer Resolution Schutz der in der Glasindustrie, in Zellulosefabriken, in Metallhüttenwerken, bei der Herstellung von Säuren und Laugen, von giftigen und explosiven Stoffen beschäftigten Arbeiter und Angehörigen von Vorkontrollen und sonstigen gewerblichen Beschäftigten. Diese Resolution war der sozialdemokratischen „nachempfunden“ und bleibt in Bedeutung und Wirkung für wirksamen Schutz weit hinter ihr zurück, gelangte aber trotzdem nach der sozialdemokratischen Resolution auch zur Annahme. Eine sozialdemokratische Resolution, welche den Arbeitsvertrag und für Beschäftigten eine ununterbrochene Ruhepause von sechs Stunden für die Arbeiter in der Großindustrie festsetzt, wurde abgelehnt. Eine auf die gleiche Weise verlangte Resolution der Polen wurde ebenfalls abgelehnt. Ange-

nommen wurde die Resolution des Zentrums, die eine zehnstündige Arbeitszeit zulassen und nur für die Feuerarbeiter die Aushilfsindustrie einführen, die Sonntagsarbeit „tunlichst“ verbieten und die notwendige Überarbeit auf das „geringste“ Maß beschränken will. Abgelehnt wurde das von sozialdemokratischer Seite geforderte Reichsgesetz für die Sicherheit der Arbeiter bei Bauausführungen. Beschlossen wurde eine Zentrumsresolution, daß besondere Beamte für Baukontrolle in genügender Zahl angestellt und gewählte Vertreter der Arbeiter bei der Kontrolle zugezogen werden. Weiter wurde eine sozialdemokratische Resolution auf Schaffung eines Reichsberggesetzes und eines einheitlichen Privatangestelltenrechts angenommen, eine solche auf Aufhebung der Gefindeordnung und Regelung des Vertragsverhältnisses der in den land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter auf reichsgesetzlicher Grundlage abgelehnt. Eine Resolution der Polen, welche die Vorlegung eines Gesetzesentwurfs betreffend das Koalitionsrecht der Landarbeiter forderte, wurde angenommen. — Blutigen, brennenden Schmerz erlitten die Konservativen als Vorkämpfer der industriellen Scharfmacher. Sie hatten in einer Resolution die Vorlegung eines Gesetzes beantragt, welches das Streikpostenstehen verbieten sollte. Die besten Redner der Konservativen, Graf Westarp und Herr Dertel, beschäftigten sich eingehend mit der Begründung ihrer Forderung. Den Nationalliberalen redeten sie zu wie kranken Pferden. Nicht deutlich drohten sie mit dem Abfall der Großindustrie von der nationalliberalen Partei. Als die namentliche Abstimmung über die Resolution, welche die Arbeiter wirtschaftlich rechtlos machen wollte, vorgenommen war, ergab sich folgendes Ergebnis: 52 Stimmen mit Ja, 282 mit Nein, fünf Enthaltungen. Im Vorjahre erhielt die Scharfmacherresolution noch 62 Stimmen; es stimmten noch neun nationalliberale Abgeordnete für die konservative Resolution, die schärferen Arbeitsschutz forderte. Daß sie diesmal gegen das Verbot des Streikpostenstehens stimmten, läßt den Schluß zu, daß sie auch ohne dieses auf Erfüllung der Scharfmacherwünsche hoffen. In sorgloser Ruhe haben sich also die Arbeiter ob dieses Abstimmungsergebnisses nicht zu wiegen!

Am Donnerstag wurde über die Resolutionen abgestimmt, die in diesem Jahre der Gesetzgebung als Begleiter auf dem Gebiet des Arbeiterschutzes errichtet wurden. Eine zugunsten der Gastwirtsgehilfen von der Sozialdemokratie eingebrachte Resolution wurde abgelehnt. Zur Annahme gelangte eine sozialdemokratische Resolution, welche die Ausgestaltung der Bundesratsverordnungen für Glasbläser forderte.

Zum Schutz der auf Siegelsteinen beschäftigten Kolleginnen und Kollegen hatte die sozialdemokratische Fraktion diese Resolution vorgelegt:

Der Reichstag wolle beschließen: die verbündeten Regierungen zu ersuchen, auf Grund des § 1201, des § 139a der Gewerbeordnung eine Bundesratsverordnung zu erlassen, die Bestimmungen zum Schutze der bei Herstellung von Siegelsteinen beschäftigten Arbeiter vorschreibt, insbesondere Anordnungen trifft über

- I.
1. Festsetzung eines Maximalarbeitstages (§ 1201 der Gewerbeordnung);
2. Einschränkung der Überzeitarbeit besonders für die an Brennöfen beschäftigten Personen;
3. Vorschriften über Lage, Luftstrom, Entlüftung und Reinhaltung der Arbeitsstätten in Siegelstein sowie die Errichtung beheizbarer Waschkabine, Bäder, Ofen- und Ankleideräume;
4. Bereitstellung von gutem Trinkwasser, wo solches nicht zu beschaffen, Bereitstellung alkoholfreier Getränke zum Selbstkostenpreise.

- II.
1. Ferner eine Abänderung der Gewerbeordnung herbeizuführen, die bestimmt:
daß die Schlaf- und Wohnräume, die den Siegelsteinarbeitern von den Betriebsunternehmern überwiesen werden, den Anforderungen zum Schutze der Gesundheit der Arbeiter und den Geboten des Anstandes und der Sittlichkeit entsprechen;
2. Regelung des Rationierwesens in der Weise, daß eine Überverordnung der Arbeiter bei Abgabe von Lebens- und Gebrauchsmitteln unmöglich wird.

Diese Resolution gelangte ebenfalls zur Annahme. Der Kongreß christlicher Gewerkschaften in Dresden hielt „mit Rücksicht auf die oft geradezu menschenunwürdigen Zustände in den Wohnstätten und Unterhaltungsräumen der Arbeiter in der Siegelindustrie eine durchgreifende Reform des Wohnungs- und Kontinierwesens für dringend geboten“. Er verlangte von den Staatsregierungen baldmöglichst eingehende amtliche Erhebungen hierüber. Was als „menschenunwürdig“ bekannt, darüber brauchen amtliche Erhebungen nicht angefertigt zu werden. Kollege Drey geht heute sich daher, gleich entsprechende gesetzgebende Vorschläge zu machen. Von dem christlichen Sekretären, die dem Kongreß als Vorsitzende und Teilnehmer beizuhören, war zur Durchführung des Beschlusses im Reichstag nichts unternommen. Die Herren Christen nehmen es unserm Kollegen Drey wohl nicht übel, daß er so frei gewesen ist. Frey unklarheit wurde wieder die Forderung: Einführung eines Reichsurlaubes. Begründet von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Schulz, bekämpft, mehr oder weniger offen, von allen bürgerlichen Parteien. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Eine für Donnerstag abend angelegte Sitzung ließ das Zentrum beschließen. Es hatte einen Fraktions-Vierabend angelegt. Der Präsident soll von dieser weitpolitischen Begebenheit Kenntnis bekommen haben. In der Anberaumung der Abendigung erblickten die scharfen Herren eine präjudiziale Unfreundlichkeit. Statt bei der Ansetzung Widerspruch zu erheben, ließen die Zentrumsmenschen alle Vorbereitungen treffen; der Personal mußte von 6 bis 8 Uhr warten, die Stenographen, die Männer der Presse, die Abgeordneten mußten wiedertreten. Erst nach dem die Sitzung zehn Minuten getagt hatte, entließ sich das Zentrumsgewitter in einem dumpfgrollenden Antrag des Herrn Grüber auf Schluß der Sitzung und Anweisung der Beschlußfähigkeit des Hauses. — So scheidet das Zentrum die Arbeiten des Reichstags, wenn es verzögert ist und — einen Vierabend angelegt hat.

Das Kaligesez macht der Reichsleitung und den Parteien immer mehr Sorgen. Es ist so ganz aus dem Rahmen seiner ursprünglichen Bestimmung herausgewachsen. Der Verengung von Räumlichkeiten und der Spekulation in Kaliverten sollte es dienen, das Gegenteil ist eingetreten. Schacht wächst neben Schacht, einen rationalen Abbau so verhängend. Auch die Erwartungen der Arbeiter auf Sicherstellung und bessere Förderung ihrer Arbeitsverhältnisse werden enttäuscht. Eine Änderung des Gesetzes ist in Aussicht gestellt. Die Klagen der Arbeiter in der

Kaliindustrie fanden in den Abgeordneten Sachs und Cohn (Nordhausen) bereite Vertreter. Zur Steigerung des Kalialabfahrs wurden angefordert 4 600 000 M. Davon kommen im Inland zur Verwendung zu praktischen Versuchen sowie für wissenschaftliche Arbeiten und Veranstaltungen zur Hebung des Kalialabfahrs 1 700 000 M. (davon erhalten landwirtschaftliche Korporationen 900 000 M.). In den deutschen Schutzgebieten sollen 300 000 M. angewandt werden. Im Auslande werden 2 600 000 M. aufgewandt. Die Budgetkommission hat beschlossen, daß die 900 000 M., die landwirtschaftliche Korporationen, Genossenschaften und Verbände erhalten, auch zur Förderung der Kolonisation von Oedland bereitgestellt werden sollen. Im Auslande sollen 8 100 000 M. zur Verwendung kommen. Der Posten ist also um 500 000 M. erhöht worden. In der Sonnabendtagung traten die Abgeordneten Schumann für die Seeleute, Selbmann für die Interessen der Steinarbeiter, Vonder für die der Fuhrleute ein.

Zur Agitation.

Wah! haben wir den Winter hinter uns und neues Leben macht sich nicht nur in der Natur bemerkbar, sondern auch im Wirtschaftsleben. Diese günstigere Situation wird von den Gewerkschaften agitatorisch ausgenutzt, und mit erneuter Kraft geht's an die Werbung neuer Mitglieder, hier mit mehr, dort mit weniger Eifer überall aber mit neuem Eifer und im festeren Gefühl des Erfolges. Entsprechend der wahrscheinlich größeren Erfolgsmöglichkeit im Frühjahr, haben viele große Gewerkschaften die Agitation für diese Zeit systematisch betrieben und ganz bestimmte Vorkehrungen getroffen, daß jeder zugängliche Ort von der Agitation erfaßt wird. Auch unser Verband hat schon Anlässe solcher Frühjahrstagung erzeitigt, aber über einige Versuche sind wir noch nicht hinausgekommen. Im Mai 1911 wurde eine Agitation für die Arbeiter der chemischen Industrie veranstaltet, und nebenher gingen Lichtbildervorträge für die chemische Industrie, die, da nur ein Referent mit der nötigen Ausrüstung zur Verfügung stand, auf Jahre verteilt werden mußten. Beide Arrangements haben zweifellos für uns Erfolge gezeitigt, aber nicht in dem gewünschten Umfang. Die Ursache liegt im Herausgreifen einer bestimmten Arbeitergruppe, die für sich allein kaum so stark interessiert werden kann, als es möglich ist, wenn sich die Agitation an alle für uns in Betracht kommenden Arbeiter richtet, denn nur durch Erfassung weitaus aller Kreise können wir wirkungsvoll arbeiten. Bei der allgemeinen Agitation treten spezielle Berufsfragen in den Hintergrund; wir müssen uns dabei vorwiegend an das allgemeine Arbeiterinteresse wenden und den Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital herausheben. Die Referenten werden aber auch die Berufsfragen in den einzelnen Orten berücksichtigen können, ohne von vornherein große Teile der für uns in Betracht kommenden Arbeiter von den Versammlungen auszuschließen. Unter Berücksichtigung des oben Gesagten möchte ich bestimmte Vorschläge machen und sie dem Vorstand zur Berücksichtigung empfehlen, eventl. auch die Kollegen zu einer Meinungsäußerung veranlassen.

Alljährlich im Frühjahr müßte eine planmäßige Agitation über ganz Deutschland veranstaltet werden. Der Vorstand hat sämtliche Zahlstellen frühzeitig auf diese Agitation hinzuweisen und bestimmte Anweisungen zur Vorarbeit für die Versammlungen zu geben. Nach Einteilung der Agitationsbezirke, die nicht in jedem Jahre unbedingt gleichmäßig abgegrenzt sein müssen, werden die zur Verfügung stehenden Referenten eingeteilt. Dabei kann Rücksicht auf die Berufstellung der Referenten und den zu bearbeitenden Bundesteil genommen werden. Dies ist aber von untergeordneter Bedeutung; die Hauptsache ist, daß die Kollegen im Lande einen Referenten bekommen, der ihnen persönlich unbekannt, aber als Agitator schon bekannt ist, also, um im Volksmunde zu reden, ein sogenanntes Jagtier ist. Weiter ist es heute noch so, daß bei der Agitation nicht nur der Drang nach neuem Wissen und Erkenntnis ausschlaggebend ist, sondern auch die Neugier des Vortragenden und sein ihm vorausgehender Ruf nicht ohne Einfluß auf den Erfolg ist. Ohne Personenkult treiben zu wollen, müssen wir aber diese, in der menschlichen Natur begründeten Eigenschaften der großen Masse ausnützen. Der Austausch der Referenten hat den Vorteil, daß die Erfahrungen des einzelnen in der Agitation und in der Organisationsarbeit durch das gesprochene Wort weiteren Kreisen vermittelt werden und manche neuen Gedanken anregen, die fruchtbringend angewendet werden können. Andererseits gewinnt auch der Vortragende neue Sindräde, die er in seinem engeren Wirkungsbereich erfolgreich verwerten kann und wird.

Zum Zwecke einheitlicher Agitation hätte der Vorstand alljährlich ein Vortragsmanuskript, das nur die Verhandlungsgegenstände stützt, nicht aber einen gedruckten Vortrag darstellt, herauszugeben. Dadurch behielten die Referenten volle Bewegungsfreiheit in der Behandlung des Stoffes, nur die Grundlagen müßten berücksichtigt werden. Eine Verflachung der mündlichen Agitation wäre also ausgeschlossen und der Vorstand braucht nicht zu befürchten, im nächsten Jahre von einem andern Referenten das gleiche Thema behandelt zu hören, denn ihm liegt es ob, alljährlich den zu behandelnden Stoff zu beschaffen. Daß bei solcher systematischen Agitation der Vorstand die Referentenkosten zu tragen hätte, vertritt sich von selbst und wird auch in andern Gewerkschaften so gehandhabt. Für die Agitation muß die Hauptlast eben Mittel zur Verfügung stellen. Die etwas höheren Ausgaben rentieren eben. Die Zahlstellen werden aber auch mit größerem Eifer die Agitation vorbereiten, als wenn ihnen die manchmal unerwünschten Kosten für die Referenten auferlegt werden. Bei der Agitation müssen alle Orte erfaßt werden, was nicht geschieht, wenn der Vorstand in einem Rundschreiben die Zahlstellen auffordert. Agitationsversammlungen abzuhalten und daran die Bedingung knüpft, die Zahlstelle hat die Kosten für den Referenten zu zahlen. Die Zahlstellen haben bei solchen Veranstaltungen ebenfalls Ausgaben, die manchmal die Referentenkosten übersteigen. Geschiehen muß nach dieser Richtung in unserm Verband mehr als bisher.

Ich halte den von mir vorgeschlagenen Weg für den gangbarsten und erfolgreichsten, weil uns dadurch die Möglichkeit gegeben ist, in allen Gegenden Deutschlands zu gleicher Zeit unsere Propaganda zu entfalten. Wir brauchen aber im Anfang nicht, gleich andern Gewerkschaften, wöchentliche Touren einzurichten, sondern könnten ja erst einmal mit etwa 14-tägigen beginnen und bei genügenden Erfahrungen die Agitation ausdehnen. Die innere Festigkeit mancher andern Organisation ist sicher auf diese, seit Jahren betriebene Agitation zurückzuführen, ebenso die Erweiterung der Mitgliederkreise. Uns tut beides Not. Darum darf es kein Zaudern geben. Gustav Haupt, Ludwigshafen.

### Gewerkschaftliche Rundschau.

**Die Tarifbewegung in der Holzindustrie**  
 Die in einem allgemeinen Kampf zu führen. Wenigstens sind alle bisher geführten Verhandlungen ergebnislos verlaufen. Der Arbeitgeber-Verband für das deutsche Holzgewerbe hat schon an seine Mitglieder die offizielle Aufforderung erlassen, sich für die allgemeine Auslieferung am 15. Februar bereit zu halten. Diese Auslieferung wird nach der Ankündigung der Unternehmer 52 Städte mit 62.000 Arbeitern umfassen. Die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes werden aufgefordert, sich mit der Vergabe neuer Aufträge so einzurichten, daß alle in ihren Betrieben beschäftigten Arbeiter, und zwar ohne Rücksicht auf deren Organisationszugehörigkeit, am 15. Februar entlassen werden können.

Wie die Situation von den Holzarbeitern beurteilt wird, zeigte sich auf der am 18. Januar abgehaltenen Konferenz des Holzarbeiterverbandes. Zunächst befaßte sich die Konferenz mit dem Ultimatum des Arbeitgeber-Schutzverbandes, soweit es sich auf dessen materielle Zugeständnisse bezog. Es soll danach bei dreijährigen Verträgen im Durchschnitt jedes Jahr 1 Pf. Lohnzulage gewährt werden, und zwar zum 1. Oktober eines jeden Jahres. Daneben ist für 12 Orte, deren Arbeitszeit die 58 Stunden pro Woche beträgt, je eine Stunde Verkürzung zum 15. Februar 1915 zugesagt, während für Orte, in denen schon allgemein die längere Arbeitszeit besteht, für den jetzt zur Verhandlung stehenden Vertrag eine Verkürzung von zwei Stunden eingetretet soll, um mit den übrigen Verträgen gleich zu kommen. Die Konferenz der Stadtvertreter des Holzarbeiterverbandes war sich mit dem Vorstand darin in jeder Beziehung einig, daß die Forderung und die Forderungen der Unternehmer die strikteste Ablehnung erfahren müßten. Die Unternehmer haben den Kampf angefangen, die Arbeiter sind eingeschlossen, die gehärdete Antwort darauf zu geben. Es muß also mit einem großen Kampf in der Holzindustrie gerechnet werden. Ob er sich im Holzgewerbe wird vermeiden lassen, ist mindestens zweifelhaft. Das Jahr 1913 scheint also ein Kampfsjahr ersten Ranges zu werden.

### Die Tarifbewegung im Baugewerbe.

Zwischen den Vertretern der Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer im Baugewerbe haben am 21. und 22. Januar unter Leitung der drei Unparteiischen, Herren Dr. Brenner, Raab und v. Schulz im Reichstagsgebäude erneut Verhandlungen stattgefunden. Eine Hauptrolle spielte vor allem die von den Arbeitervertretern geforderte Garantienübernahme für eine allgemeine Lohn-erhöhung. Die Unternehmer glaubten sowohl diesen Vorstoß, als auch die weniger weitgehende Anregung der Unparteiischen, ihren Mitgliedern eine allgemeine Lohnhöhung zu empfehlen, ablehnen zu müssen. Auch in bezug auf die Arbeitszeit wurde eine Einigung nicht erzielt. Es wird jedoch am 24. Februar eine weitere Verhandlung stattfinden, in der über das Vertragsmuster und über eine Lohnhöhung beraten werden soll.

### Erster Verbandstag des Deutschen Bauarbeiter-Verbandes.

In der Woche vom 13. bis 18. Januar hielt der Deutsche Bauarbeiter-Verband in Jena seine erste ordentliche Tagung ab. Die 400 Vertreter des Verbandes, zu denen sich zahlreiche Gäste gesellten, kamen in erster Stunde zu ihrer Generalversammlung zusammen: die deutschen Bauarbeiter stehen mitten in der Tarifbewegung, an der rund 300.000 Arbeiter beteiligt sind. Und in erster Stunde, nach dem großen Bauarbeiterkampf 1910, ist der Verband auch gegründet worden. Seit dieser Zeit ist der Verband mächtig geworden, die Mitgliederzahl der früheren 4 Verbände (Maurer, Bauhilfsarbeiter, Holzlerer und Steinholzleger, Sullauerer), die nun in der einen Organisation zusammengeschlossen sind, liegt seit 1910 um rund 100.000. — Die Entgegennahme der Geschäftsberichte füllte einen großen Teil des ersten Verhandlungstages aus. Der Ausschuss erhob scharfe Vorwürfe gegen den Vorstand. Seit dem Ausschreiben des Kollegen Bömelburg aus der Leitung der Geschäfte des Verbandes habe sich ein anderes Verfahren bei Einberufung der Geschäftsführung herausgebildet. Für die Entwicklung des Verbandes wichtige Fragen, die früher erst nach gegenseitiger Kenntnisnahme und Aussprache wenigstens zwischen den leitenden Personen der beiden Körperlichkeiten in die Wege geleitet und zum Austrag gebracht wurden, wurden heute vom Vorstandsvorstand, ohne dem Ausschuss auch nur vorher Kenntnis gegeben zu haben, beschloffen und zur Ausführung gebracht und der Verbandsauskunft vor fertige Tatsachen gestellt. Diese Angriffe des Ausschusses riefen sehr lebhaften und unliebsamen Debatten hervor. Die Beteiligten einigten sich aber wieder und gaben später eine dementsprechende Erklärung ab.

Den Höhepunkt der Beratungen bildete ein ausgezeichnetes Referat des Redakteurs Winzig über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, der überzeugend und klar die Notwendigkeit hierfür darlegte. Bei den Delegierten ließ allerdings die sofortige Einführung auf sehr starken Widerspruch. Sie jagten, zuerst muß die Lohnbewegung durchgeführt werden. Bei der Abstimmung über die Arbeitslosenunterstützung lehnte es der Verbandstag mit überwiegender Mehrheit ab, die Vorstandsvorlage an eine Kommission zu überweisen. In namentlicher Abstimmung erklärte sich dann der Verbandstag mit 301 gegen 97 Stimmen im Prinzip für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In ihrer großen Mehrheit stimmten nun die Delegierten einem Antrag Berlin zu, daß nach Abschluß der Lohnbewegung ein außerordentlicher Verbandstag einberufen über die Form und den Inhalt einer diesbezüglichen Vorlage entscheidet und das Datum des Inkrafttretens der Zahlung der höheren Beiträge sowie auch den Beginn der Auszahlung der Unterstützung bestimmt.

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt war die Stellungnahme des Verbandstages zur dreijährigen Lohnbewegung, an der rund 300.000 Bauarbeiter beteiligt sein werden. Das Referat hielt Silberichmidt in Berlin, der als Hauptforderungen aufstellte: Lohnhöhungen, Arbeitszeitverkürzung und Aenderung des Tarifmusters. Es wurde folgende Resolution angenommen:

Der Verbandstag stimmt den bisherigen Maßnahmen des Verbandsvorstandes in Sachen der Lohnbewegung zu; er beauftragt den Vorstand, in Verbindung mit dem Aktionsausschuß die notwendig werdenden Verhandlungen weiter zu führen und hat das Vertrauen zu den Verbandsvorstehern, daß sie die Interessen der Bauarbeiter in jeder Hinsicht wahrnehmen werden.

Der Verbandstag erneuert die früheren Beschlüsse, wonach die endgültige Entscheidung über Annahme oder Ablehnung etwaiger Angebote und Vergleichsvorschläge nur durch den Verbandstag getroffen werden kann.

Am nächsten Verhandlungstage beschloß der Verbandstag die Einführung einer Unterstützungsliste für die Mitglieder, die im Dienste der Organisation einen Unfall erleiden, und für die Angestellten, die infolge Alters oder Invalidität dienstunfähig geworden sind. Als eine Versicherung, wie sie der Fabrikarbeiterverband im letzten Jahre als erste deutsche Gewerkschaft eingeführt hat. — Auch der Gründung von Jugendabteilungen wurde zugestimmt. Ebenso nahm der Verbandstag eine Neuregelung der Gehälter vor. Bei der Statutenberatung wurden an Stelle der bisherigen 12 Vertragsklassen deren nur sechs festgelegt. Die Beiträge wurden entsprechend geändert, wodurch bei einigen Klassen eine kleine Beitragserhöhung herauskam.

Bei der Wahl des Vorstandes — dieser brennendsten Frage des Verbandstages — wurde Paepelow-Hamburg einstimmig als Vorsitzender gewählt. Als Stellvertreter des Vorsitzenden wurde Behrendt wieder und Winzig neu gewählt. Winzig wird zugleich Leiter der literarisch-statistischen Abteilung. Als Kassierer wurde Kober wiedergewählt, ebenso die bisherigen Streikere. Silberichmidt kommt nun in den Vorstand, er bleibt aber in Berlin. Als Redakteur wurden Ellinger-Hamburg wieder und Otto-Dortmund neu gewählt. Vorsitzender des Aktionsausschusses bleibt Doehne-Berlin. — Der Verbandstag beauftragte den Vorstand noch, auf dem Erbe Bömelburg einen Gehaltschein legen zu lassen. — Damit waren die Arbeiten des Verbandstages beendet. Er wurde jedoch nicht geschlossen, sondern vertagt, und wird in einigen Wochen wieder zusammentreten, um hauptsächlich entscheidende Beschlüsse zur Lohnbewegung zu fassen.

### Gegnerische Gewerkschaften.

#### Dirsch-Dundersche Widerlegung.

Der Gewerbeverein der Fabrik- und Handarbeiter brachte im Vorjahr eine Flugchrift zur Verbreitung, worin der Versuch unternommen wurde, die finanziellen Leistungen unseres Verbandes als unbedeutend gegenüber den Leistungen des Dirsch-Dunderschen Fabrik- u. Handarbeiterverbandes hinzustellen. Unser Erwerbslosen-Unterstützung wurde als Trugbild bezeichnet. Zur Abwehr brachten wir dann im September ein Flugblatt heraus, auf das nunmehr ein G. G. in Nr. 1 des Dirsch-Dunderschen Organes antwortet.

Seine Polemik leitet er ein mit einer faden Bemerkung, die vernünftig ein Wig sein soll, indem er schreibt: „Wir würden uns mit dem Drei (der Verbandsvorsitzende heißt Drei) nicht beschäftigen“ — usw. Damit hat der Kritiker sich und seinen Geg. bereits genügend selbst gekennzeichnet. Des weiteren führt er an, wir machten uns in unserem Flugblatt über die Mitgliederzahlen des Fabrik- und Handarbeiterverbandes lustig, ohne auch nur anzudeuten, inwiefern. Der G. G. möge uns den Satz anführen, der ihm lustig erscheint, wenn er nicht will, daß wir aus dieser seiner Behauptung Schlüsse auf seine Psyche ziehen sollen. Wir stellen in unserem Flugblatt lebendig den Mitgliederabgang des Dirsch-Dunderschen Verbandes fest, und es ist wirklich ein Rätsel, was daran besonders lustig sein soll.

In unserm Flugblatt ist ferner gesagt, daß der Dirsch-Dundersche Fabrik- und Handarbeiter-Verband bei seiner Agitation nicht die üblichen und richtigen gewerkschaftlichen Methoden anwendet. Freilich behauptet nun der G. G.: „Der Verfasser meint offenbar die rohe Gewalt, die von den Genossen angewandt wird, um ihre Mitgliederzahl zu erhöhen.“

Wahrlich, der Mann ist lähm! Was hat eigentlich diese Bemerkung mit dem Ganzen zu tun? Eine Verdächtigung ist doch keine Widerlegung, am allerwenigsten eine sachliche. Soll das etwa eine Empfehlung an die Koalitionsfeinde oder Staatsbehörden sein? Es ist nicht angenehm, sich mit solchen Polemikern, wie der G. G. es ist, auseinanderzusetzen.

Von einer sachlichen Widerlegung unserer im Flugblatt angegebenen Tatsachen ist aber auch absolet keine Rede und der G. G. macht nicht einmal den Versuch dazu. Das ganze Geschreibsel, das sich löschgerade immer an die Adresse unseres Verbandsvorsitzenden Drei wendet, ignoriert die wesentlichen Punkte unseres Flugblattes und klammert sich an einige Nebenbetrachtungen, die aber erst entsteht und verdrängt werden müssen, um sie dann als Popanz benutzen zu können. Unter Hinweis auf eine Lohnbewegung in Königsberg meint der G. G., auch der Dirsch-Dundersche Verband habe den Beweis erbracht, daß er bereit sei, für seine Mitglieder einzutreten. Mit keinem Wort ist aber in unserm Flugblatt das „Bollen“ des Dirsch-Dunderschen Verbandes angezweifelt, es handelt sich für uns vielmehr lediglich um das „Röhnen“. Aber darauf geht der vorstehende Polemiker gar nicht ein, denn so gestellt, wird die Frage für ihn sichtlich.

Eine hübsche umgekehrte Logik entwickelt der G. G., indem er schreibt: „Dann läßt der Flugblattschreiber Zahlen aufmarschieren, die die „Erfolge“ des Fabrikarbeiter-Verbandes darstellen sollen, dabei bestraft er sich auf den Verbands-Synodus der Thüringer Industriellen, Dr. Stapp, der gesagt haben soll:

Die freien oder sozialdemokratischen Gewerkschaften sind die einzigen Arbeitervereinigungen, die beim Abschluß von Tarifverträgen usw. ernstlich in Frage kommen. Die christlichen oder Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle.“

Mit diesem Zitat sollte ein Verbandsvorsitzender nicht an die Öffentlichkeit treten, denn es löst bei Eingeweihten nur ein mitleidiges Schmunzeln aus. Eine Organisation, die ihre Schuldbiligkeit tut, wird von einem Unternehmer nicht gelobt, sondern gefürchtet.“

Also weil ein Unternehmervertreter Tatsachen feststellt, die jedem bekannte sind, nämlich, daß bei Abschluß von Tarifverträgen nur freie Gewerkschaften infolge ihrer Mitgliederzahl ernstlich in Frage kämen, schlußfolgert unser G. G., die Unternehmer fürchten sich nicht vor den freien Gewerkschaften, während Dr. Stapp doch gerade ausgesprochen hat, daß die freien Gewerkschaften von den Unternehmern respektiert werden. Nach dem Dirsch-Dunderschen Polemiker aber lobt Dr. Stapp die freien Gewerkschaften, weil sie Tarifverträge erkämpfen. Demnach sind die Unternehmer sehr erfreut, daß sie höhere Löhne bezahlen müssen. Aber vollständig recht gegen wir dem G. G., wenn er sagt: „Eine Organisation, die ihre Schuldbiligkeit tut, wird von einem Unternehmer nicht gelobt, sondern gefürchtet.“ Fürchtet etwa Dr. Stapp oder sonst jemand auf Unternehmerseite die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften? Gewiß nicht, denn Dr. Stapp erklärt doch ausdrücklich, „die christlichen oder Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften spielen eine ganz unbedeutende Rolle“. Nach den Worten des G. G. müßte man also annehmen, daß die Unternehmer eine Organisation um so mehr fürchten, je unbedeutender sie ist.

Doch damit genug. Der Dirsch-Dundersche Verband täte gut, sich einen sachlicheren, aber auch geschickteren Polemiker zu verschreiben, als der G. G. es ist, der bei all seiner Ungeheuerlichkeit andern Leuten den Vorwurf macht, sie hätten sein geistiges Produkt nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Wunderbar wäre das allerdings nicht, aber immerhin soll man die eigenen Schwächen und Mängel nicht auch andern unterstellen.

### Die Terrorismus konstruiert wird.

Mit schmachdem Behagen bringt die „Gewerkschaftsstimme“ in ihrer Nummer 4 einen neuesten Fall von „Terrorismus“, der sich in den Maggi-Berlen in Singen zugetragen haben und beweisen soll, wie „sozialdemokratische Arbeiterausführungsmitglieder“ christlich organisierte Arbeiter behandeln. Aus dem ganzen Artikel merkt man die Verteidigung der lieben Christen darüber, daß sie jetzt doch wieder ein Mittel gefunden haben, das es erblöste Firmen sich selbst etwas aufzurufen. Wie ist aber dieser neueste Fall von „Terrorismus“ konstruiert worden? Seit einigen Bogen entfalten die Augsburger Christen auf Veranlassung ihres „Selbstherrn“ Kuhn eine mit allen Mitteln betriebene Agitation gegen unseren Verband. Dabei schreiet der fromme Herr aus Aichshausen sogar vor direkten Unwahrheiten nicht zurück. So behauptete er in einer Versammlung der Außenorte: Was die Kloten für Leute hätten, beweise, daß der Gauleiter des roten Fabrikarbeiterverbandes, Böhrner, anlässlich einer bevorstehenden Verhandlung wegen Maßregelungen in der Pappfabrik Köhler in Gegenwart davon gelassen sei, als die Sache brennig wurde, und er — Kuhn — hätte dann das Ganze retten müssen. Diese Angabe hat sich dieser christliche Be- amte rein aus den Fingern gezogen. Weiter wurde den paar Versammlungsbefuchern, die jeweils Kuhn nachließen, gesagt, daß der rote Fabrikarbeiterverband schon im Jahre 1867 gegründet worden sei und er hätte es in der langen Zeit nur auf ein Vermögen von 2 Millionen gebracht, während sie — die Christlichen — erst 1900 den Verband errichteten und schon ein Vermögen von 7 Millionen besäßen. (Uebrig diesen Kuhn schreiben wir bereits in Nr. 49 des „Proletariats“ 1911, Seite 292, daß er sich seinem früheren Kollegen Engel würdig an die Seite stellt.) Diese und andre Unwahrheiten veranlaßten man einige Mitglieder unseres Verbandes, Kuhn in einer Versammlung entgegenzutreten. Dadurch entstanden Diskussionen, die besonders von den Christlichen in der Fabrik forgesetzt wurden, wobei sich der „Neuchrist“ Edel, der vor kurzer Zeit zu den Christlichen ging, weil er in unserm Verband nicht die Rolle spielen konnte, die er gern wollte — besonders hervorzuheben. Es ist dies der sog. „Seehasträger“, der beim Fadelzug anlässlich des Sieges der Nationalliberalen über das Zentrum bei der Reichstags-Wahl im Oktober 1911 den Sechsen voraussetzte, und der aus diesem Anlaß von der schwarzen „S.-Ztg.“ als sehr „jugendlicher Burche“ bezeichnet wurde. Dieser wird aber jetzt sehr fleißig zur Agitation für die Zentrumskristen verwendet, und er beteiligt seit dieser Zeit eine unausgesetzte Hege gegen die Mitglieder unseres Verbandes. So er sich nicht selbst zu helfen getrunn, schließt er andre vor, so einen gewissen Baumann. Dieser kam eines Tages an den Arbeitsplatz des Kollegen Valendor (Mitglied des Metallarbeiter-Verbandes) und wollte mit diesem anbinden. Als er nach der ersten Aufforderung, ihn in Ruhe zu lassen, nicht ging, wiederholte er dieselbe nochmals und gebrauchte dann allerdings die von den Christen nun als blutigen Terror in die Welt ge-

ausgeschriene Aeußerung: „Nach, daß du wegkommst, sonst schlage ich dir den Hammer auf den Kopf!“ Dieser Auspruch ist zwar geschmacklos, aber auch, wie die Christen ganz genau wissen, keineswegs ernst gemeint. Arbeiter legen nun einmal ihre Worte nicht auf die Goldwaage. Er wird überdies erst verständlich, wenn man weiß, daß mit Vorbedacht und Absicht von dem „Neuchristen“ Edel und Genossen alles getan wurde, um unsere Mitglieder zu reizen. Hat sich doch ein „Christ“, welcher bei der Sache beteiligt war, in seiner Wohnung gegenüber einem andern ausgesprochen: „Wir dürfen ihnen (den „Roten“) nur keine Ruhe lassen, wir werden schon fertig.“ Diese Aeußerung beweist, daß von dieser Gesellschaft planmäßig, und begünstigt von gewisser Seite, vorgegangen werden soll. Da man auf andre Art bis jetzt an unsere Mitglieder nicht heran konnte, suchen sie nun durch eine planmäßige Hege dieselben zu reizen, und wenn dann in der Abwehr ein scharfes Wort fällt, ist der „Terrorismus“ fertig. Wenn die „Gewerkschaftsstimme“ etwas von „schon dringen Bemerkungen“ schreibt, die fortgesetzt fallen, so stimmt dies, nur versteht sie, mitzuteilen, daß es die „Zentrumsgewerkschaft“ sind, die dies fertig bringen. Es ist auch vollständig unwar, daß Baumann den Valendor erschüt hätte, er möchte ihm Ruhe vor dem sozialdemokratischen Hebenarbeiter verschaffen. Welches ist denn der „sozialdemokratische Hebenarbeiter“, der Baumann keine Ruhe ließ? Warum wird hier nicht der Name genannt, die Herrschaften sind doch sonst nicht so zimperlich, wenn es sich ums Darunteren handelt! Wer ist der „Unter-genosse“?

Daß es manchem Christen nur darum zu tun ist, aus dem Hinterhalt die verhassten Heile zu schlagen, zeigt die anonyme Briefschreiberin an die Dirschen, wobei alle möglichen Beschuldigungen erhoben werden. Glauben denn die „Aichshausburger“, daß unsere Mitglieder Blut in den Adern haben? Der Artikelschreiber will mit dem oben erwähnten nur einen „Fall“ herausgreifen, um nachzuweisen, wie christlich organisierte vom Arbeiter-Ausschuß der Maggiwerke behandelt werden.“ Wir wünschen dringend, daß auch alle andern Fälle, die noch vorliegen sollen, veröffentlicht werden. Sie werden sich wahrlich nicht alle als christliche Windbeutelentwürfe erweisen! Der ganze H. oder Hege ist eben der, die Dirschen gegen die „Roten“ scharf zu machen, zugleich soll sie auch ein Mittel gegen die Schwindstucht im Verband der Christen darstellen. Sie wollen sich nun in Zukunft bei allen Beschwerden direkt, unter Umgehung des Arbeiter-Ausschusses, an die Dirschen wenden! Darüber wird ihnen niemand gram sein. Mag sich die Dirschen selbst mit ihnen herum schlagen. Da die „Gewerkschaftsstimme“ auch noch von „schädlichen Benehmen, Anstößen und Reizungen“ schreibt, geben wir ihr höchlich anheim, in ihren eigenen Reihen etwas mehr für „Reinlichkeit“ zu sorgen. Es gäbe da mancherlei zu tun.

### Wie die Christen über ihre Lohnbewegungen berichten!

Vor kurzem legten die christlich organisierten Karbidarbeiter in Freyung wegen der dort herrschenden jammervollen Lohn- und Arbeitsverhältnisse die Arbeit nieder. Die Löhne betragen durchschnittlich 2 Mk. pro Tag, doch kamen auch vielfach Tagelöhne von 1.80 Mk. vor. Die Erweiterung der Arbeit Arbeiter war so groß, daß von 107 Beschäftigten 104 die Arbeit niederlegten. Gewiß, ein schöner Beweis treuen Zusammenhaltens; und den Streikenden wäre sicher auch der Sieg geworden, wenn nicht christliche Tageszeitungen durch ihre Streikbrecherinzerate die Arbeitswilligen herbeigelockt hätten. Der Streikbruch, den die christlichen Gewerkschaftsführer als ihre Hauptwaffe gegen die „Roten“ so oft schon angewendet hatten, wurde ihnen hier selbst zum Verderben. Freilich, wie überall, so auch hier zum Schaden der Arbeiter.

Als dann der Streik abgebrochen wurde, berichteten die Christen in ihren Zeitungen von einem Sieg, der sie da errangen hätten; man hätte es den armen Menschen gern gönnen mögen, daß sie von ihrem Kampfe auch einen Erfolg gehabt hätten, aber die Herren Christenführer scheuten wieder einmal arg geflunkert zu haben, denn einer „Münchener Zeitung“ wird von der Dirschen des Bezirks folgende Mitteilung gemacht:

„Der Streik im Karbidwerk Freyung hat sein natürliches Ende gefunden, nachdem das Werk den Betrieb unter Einstellung vollständig neuen Personals wieder aufgenommen hat. Die 104 ausständigen Arbeiter haben also durch den Streik die Arbeit verloren, doch hat das Karbidwerk sich bereit erklärt, soweit und in höherer Arbeiterzahl einzustellen, wenn unter den jetzigen Arbeitsbedingungen gänge stattfinden. Einzelne beratige Einstellungen sind auch bereits erfolgt. Die Löhne der besser bezahlten Arbeiter bleiben die bisherigen, bei den geringeren Löhnen hat das Werk die angelegte Verbesserung durchgeführt.“

Dies sieht nun freilich etwas anders aus, als ein Sieg der Streikenden oder der christlichen Gewerkschaft! Die 20 Pf. Lohnaufbesserung isteden vorläufig die jrommen Glaubensbrüder der „Christen“ organisierten Streikenden, nämlich die Streikbrecher, ein, und erst dann, wenn einmal einer dieser nützlichen Brüder zu gehen beliebt, dann wird — vielleicht! — ein Streikender dafür eingestellt.

So hat denn auch hier die „Gerechtigkeit“ wieder gestiftet, indem ein christlicher Medaieur Streikbrecher suchte, ein christlicher Bezirksamtmann die Streikführer verhasste und ein christlicher Unternehmer Herr im eigenen Hause blieb.

Und die christlichen Gewerkschaftsführer? Die werden „aus Rache“ dafür morgen ihre Mitglieder zum Streikbruch kommandieren, wenn die Kloten jurell! Und sie werden auch ferner wadere Vertreter einer Wirtschaftsunordnung sein, die fleißige Arbeiter mit 2 Mk. Tagelohn verschungern läßt, und müßiggelende Kapitalisten totschlägt. Von Rechts wegen!

### Streiks und Lohnbewegungen.

— Delmeubourg. Die Lohnbewegung in der Klotenfabrik Ankermarkt ist durch friedliche Verständigung zum Abschluß gekommen. Der vorhandene Vertrag war am 31. Dezember abgelaufen, nachdem er drei Jahre bestanden hatte. Die Forderungen gingen darauf hinaus, die gekaufene Kaufkraft des Lohnes, welche durch die fortwährende Verteuerung fast sämtlicher Bedarfsartikel eingetreten war, in entsprechender Weise zu heben und darüber hinaus einige Verbesserungen zu erzielen. Die gegenseitigen Verhandlungen haben ein Resultat ergeben, wodurch gegenüber dem bisherigen Zustand ganz wesentliche Vorteile im Lohn- und Arbeitsverhältnis festgelegt werden konnten. Die wichtigsten Errungenschaften sind hier angeführt: Die Arbeitszeit wurde um 3 Stunden pro Woche verkürzt, und zwar so, daß die Arbeit am Sonnabend um 1 1/2 Uhr beendet ist. Die Arbeiterinnen haben um 12 Uhr Feierabend. Die Ueberarbeit wird in Zukunft in den ersten 2 Stunden mit 75 Prozent, danach und für Sonntagsarbeit mit 50 Prozent Lohnzuschlag vergütet. Die Pausen der Nachschicht werden voll bezahlt. Arbeit während der Pausen wird als Ueberarbeit verrechnet. Nacharbeit wird mit 25 Prozent Zuschlag vergütet. — An Lohnhöhe wurden von 5 bis zu 9 Pfennig zugeföhrt. Im Durchschnitt dürften diese 6 1/2 Pfennig pro Stunde betragen. Auch die Akkordlöhne wurden fast alle eine entsprechende Erhöhung. Am 1. Juli dieses Jahres und am 1. Juli 1914 soll ein allgemeiner Aufschlag von 1 Pfennig pro Stunde erfolgen, so daß der gesamte Lohnaufschlag 7 bis 11 Pfennig beträgt. Die Minimallohnhöhe betragen fortan, je nach der Schwere der Arbeit, 42, 43, 42 und 41 Pf., welche auch Neueintretende mit 6 Wochen schon erreichen. Einige Löhne wurden bis zu 47 Pfennig angehoben. Die Arbeiterinnen verdienen in Zukunft 29 und 27 Pfennig pro Stunde. Am 1. Juli 1914 werden sämtliche Minimallöhne noch um 2 Pfennig höher sein. Ein Betrag wurde bis Ende 1915 geschlossen mit rückwirkender Kraft vom 1. Januar d. J. an, so daß alle Beschäftigten den Mehrlohn vom Anfang dieses Jahres an nachgezahlt erhalten.

Mit dem Abschluß dieser Bewegung können die Arbeiter dieses Betriebes vorderhand zufrieden sein. Es kann als eins der wichtigsten Ergebnisse die Verkürzung der Arbeitszeit angesehen werden, welche der Arbeitern mehr Zeit und Ruhe gibt, an ihrer geistigen Fortbildung zu arbeiten. Eine Erhöhung der Löhne ist eingetreten, welche einigmaßen den Verhältnissen Rechnung trägt. Es müssen sich nun alle Beteiligten zur ersten Aufgabe machen, an dem weiteren Ausbau der Organisation in tatkräftiger Weise mitzuwirken.

Korrespondenzen.

Augsburg. Kein Terrorismus. In der Gögginger Kaffabfabrik besteht noch die „gegenständliche“ gelbe Einrichtung...

Döhlenhorst. In einer am 19. Januar abgehaltenen Generalversammlung unserer Zählstelle, welche sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte...

Varel. Unsere Zählstelle hielt am 12. Januar eine gutbesuchte Generalversammlung ab. Dem Jahresbericht entnehmen wir folgende Angaben...

Kundschau.

Krankenkassenverbände und Leipziger Arztverband.

Die Krankenkassen-Zentralverbände, welche die Interessen von über 14 Millionen Versicherten vertreten...

Die Krankenkassen-Zentralverbände waren bereit, an dem Einigungsversuch teilzunehmen...

Die genannten Krankenkassen-Zentralverbände sprechen sich weiter demütig aus...

Verbandes sollen in Zukunft die einzelnen Ärzte überhaupt keine Beiträge unterziehen...

Hauptverband deutscher Drückkrankenkassen, Dresden. Hauptverband deutscher Vertriebskrankenkassen, Essen...

Noch etwas kapitalistischer Anschauungsunterricht für die Christlichen. Die frommen Krugfabrikanten in Mendon, die ihre Arbeiter jenseit dem Fest der Liebe auszeichnen...

Eingegangene Schriften.

Zur Landarbeitserfrage. Die Rechtsverhältnisse der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Deutschlands...

Herausgegeben vom Deutschen Landarbeiterverein, Berlin SO 16, Michaelkirchplatz 1...

Die erste genannte Schrift trägt in übersichtlicher Weise das Material zur Beurteilung der rechtlichen Verhältnisse im Beruf der Land- und Forstarbeiter zusammen...

Die zweite Schrift schildert in allgemeinen Umrissen die Lohnformen und Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft...

Beide Abhandlungen bieten allen, die sich um die Hebung der Lage der ländlichen Arbeiter wahrhaft bemühen...

Im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart ist soeben erschienen: Geschichte des Sozialismus in England...

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Erster Teil. Wirtschaftliche Revolution, Sozialkritik und Sozialismus...

Der Verfasser schreibt im Vorwort unter anderem: Das vorliegende Buch will eine zusammenfassende Geschichte des sozialistischen Denkens...

Verbandsnachrichten.

Statistik. - Graue Karten.

Für Monat Januar sind die grauen Karten bis zum 1. Februar einzuliefern. Dieser Termin muß eingehalten werden...

Zur Beachtung für die reisenden Kollegen! Die Bevollmächtigten und Unterzeichnungsauswähler dürfen nicht auf der Arbeitsstelle angetroffen werden...

Die Berichte über im Jahre 1912 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschnitte von abgeschlossenen Tarifverträgen...

Die Berichte über im Jahre 1912 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschnitte von abgeschlossenen Tarifverträgen...

Die Berichte über im Jahre 1912 beendete Lohnbewegungen sowie die Abschnitte von abgeschlossenen Tarifverträgen...

Die Abrechnung für das vierte Quartal 1912 haben eingelangt: Pöppel, Neufahrn, Greiffenberg i. Schl., Weidenhof bei Köln, Buppen, Gieperich, Muskau, Hornberg, Stolp i. B., Weidenhof, Karlsruher, Weithain...

Vom 21. Januar an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Plauen i. V. 1361,51, Hannov.-Münden 809,02, Bielefeld 700,-, Gotha 450,-, Göttingen 333,13...

An Versicherungsbeiträgen gingen ein: Gotha -40, Mühlenbeck 1,55, Udernach -85, Schluß: Montag, 27. Januar, mittags 12 Uhr.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen

erhielt die Zählstelle: Osterwieck a. S. 5 Pf. pro Woche und Mitglied. Ausgeschlossen wurden die Mitglieder der Zählstellen Leipzig (Brandis): Müller, Buch-Nr. 360 490...

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher und Karten.

Table with 5 columns: Buch-Nr., Name des Mitgliedes, Geburtsdatum, Eintrittsdatum, Entgegen in. Lists lost books and membership cards.

Eingegangen

ist die Zählstelle Pöppel.

Neue Adressen und Adressen-Veränderungen.

Aue i. Erzgeb. Geschäftsführer Richard Lorenz, Mozartstraße 21. Udernach a. Rhein. Peter Jäger, Rheinstraße 11. Bremenhaven. Karl Riermann, Seehemünde, Friedrichstraße 25...

## Chemische Industrie

### Die „großartige Millionengabe“ der höchsten Farbwerke.

Ergebnis in der Bibel steht der beherzigenswerte Satz: „Wenn du aber wohl tuft, so laß deine rechte Hand nicht wissen, was die linke tut.“ Der Satz ist, wie viele andre der Bibel, ein Produkt reifer Menschenkenntnis und einer hohen Lebensauffassung. Trotzdem, oder gerade deswegen, hat er heute nur wenig Kurswert. Am wenigstens fast bei denen, die in der Bibel nicht den geistigen Niederschlag einer untergegangenen Kultur, sondern das Wert eines immer und überall lebendigen Gottes sehen. Gerade das sogenannte „positive“ Christentum hat das Wohlsein zu einem Sport entwickelt, bei dem nicht mehr die Milderung wirtschaftlicher Not, sondern die Befriedigung persönlichen Ehrgeizes — wenn nicht Schlimmeres — die Hauptsache ist. Im Namen christlicher Wohltätigkeit wird heute für die Armen getan, gesungen, gehört und gemimt. Millionäre schnorren in langen Zeitungsaufträgen für irgend einen „wohlthätigen“ Zweck Stimmchen zusammen, die sie aus den Beträgen zahlen könnten, die sie ihrer Mätresse für Strumpfbänder schenken, und Kommerzienratskinder Schachern wie Vandalen, um eine künstliche Kornblume für 10 Pfennig — nebenher vielleicht auch sich selbst — an den Mann zu bringen, weil der Uberschuß dieses Handels irgend einem „wohlthätigen Zweck“ zuzuführen soll. Diese moderne Wohltätigkeit wird nicht vom sozialen Pflichtgefühl, sondern bestenfalls von persönlicher Eitelkeit, oft aber auch von der letzten Berechnung, dem nackten Eigenmut diktiert. Sie steht auch nicht nur mit dem einseitig zitierten Bibelwort im Widerspruch, sie ist einfach ein Hohn auf jedes Gefühl für Menschenwert und Menschenwürde.

Nach Schlimmer fast wie die eben skizzierte gesellschaftliche Neffamwohltätigkeit ist die von unternehmerischen Schönrednern als feinste Blüte des Kapitalismus gepriesene Unternehmervohltätigkeit. Sie ist niedriger in ihrer Ursache, denn sie beruht fast immer auf eigennütziger Berechnung und sie ist forrumpierender in ihrer Wirkung, weil sie die wirtschaftliche Abhängigkeit des Arbeiters erweitert, verschärft und ergänzt. Der reiche Kommerzienratsanwärter der 10 000 Mark für irgend einen „wohlthätigen“ Spektakel hergibt in der stillen Hoffnung, einen Titel oder einen Orden als Anerkennung zu erhalten, ist gewiß mehr Spekulant als Wohltäter — der Unternehmer aber, der seine Arbeiterschaft durch raffiniert verlaufene Wohlthatenrichtungen statt durch gute Arbeitsbedingungen an den Betrieb fetten will, ist schon mehr Schelm als Spekulant.

Diese allgemeinen Bemerkungen über den Charakter kapitalistischer Wohlthatenrichtungen sind heute und hier deshalb notwendig, weil die unternehmerische Presse in den letzten Wochen schier aus dem Häuschen ist über die Tatsache, daß die Höchstfarbwerke zu ihrem 50jährigen Jubiläum zwei Millionen und einige Hunderttausend Mark für wohltätige Zwecke gespendet haben. Diese „Millionenspendung“ wird mit einem Eifer in die Weltposauna, als ob auch dem letzten Säugling die Ueberzeugung beigebracht werden sollte, daß das Höchstfarbwerk ein sozialer Musterbetrieb, ein kapitalistisches Paradies ist.

Man haben wir keinen Grund, das Höchstfarbwerk als besonders rückständig oder arbeiterfeindlich zu bezeichnen. Unter den Riesenbetrieben der chemischen Industrie gehört es noch zu den relativ anständigsten. Aber unter den Blinden ist bekanntlich der Einäugige König, und im Reigen der chemischen Riesenbetriebe ist der Vorber der sozialen Anständigkeit leicht zu gewinnen. Tatsächlich haben die Höchstfarbwerke keine Ursache, auf ihr Millionenangebot stolz zu sein und noch weniger Ursache haben die Arbeiter, für eben dieses Geschenk in ewiger Dankbarkeit zu ersterben. In der vorigen Nummer des Proletariers ist schon eingehend dargelegt, daß die ausgeschüttete Summe, so erheblich sie an sich ist, zu einem unbedeutenden Betrag zusammenschumpft, wenn man sie vergleicht mit den Summen, die an die Aktionäre des Werkes als Dividende ausgeschüttet oder mit den andern, die an Vorstand und Aufsichtsrat als Tantieme verteilt werden. Was will es denn heißen, wenn ein Werk zu einem Jubiläum, das in 50 Jahren einmal wiederkehrt, 2 1/2 Millionen ausgeschüttet, denselben Betrag aber jedes Jahr als Geschenk an die paar Aufsichtsrats- und Vorstandsmitglieder verteilt! Oder was sind 2 1/2 Millionen im Vergleich zu den 190 Millionen Mark, die das Werk seit 1881 — also in 31 Jahren — an Arbeitererwerb erzielt hat!

Von der ausgeworfenen Summe haben die Arbeiter des Werkes nur ungefähr die Hälfte erhalten; der Rest ist an die Stadt Höchst und an verschiedene Körperschaften gefallen. Von dem der Arbeiterschaft zugewiesenen Betrag wurde eine Million einer Stiftung überwiesen, aus der invalide Arbeiter eine kleine Pension bekommen. Damit ist schon gesagt, daß der Betrag, nur einem Bruchteil der Arbeiterschaft zugute kommt, nämlich nur denen, die im Dienste der Farbwerke in Valide werden. Die direkt an die Arbeiter überwiesene Summe betrug nur circa 350 000 Mark, aus der Beträge von 5 bis 55 Mark verteilt wurden. Die Höchstsumme von 55 Mark erhielten aber nur wenige Arbeiter; die Mehrzahl wurde mit Beträgen von 5 bis 20 Mark abgefunden. Ist das nun eine Wohltat, von der man soviel Aufhebens machen muß oder auch nur darf? Gewiß nicht! Die Farbwerke beschäftigen fast 8000 Arbeiter. Würde der Lohn aller Arbeiter um nur 2 Pfennig pro Stunde erhöht, so hätten die Farbwerke eine jährliche Mehrausgabe an Lohn von rund 450 000 Mark, also mehr als die ganze verteilte Summe. Allerdings hätte eine so minimale Lohnerhöhung nicht mit soviel Lob in die Welt hinausgeschrien werden können. Zwei Pfennig Lohnerhöhung — wer wird mit der Bagatelle die Öffentlichkeit befehligen! Aber 350 000 Mark! Oder gar 2 1/2 Millionen! — Wieviel Sonntagleser wissen denn, daß die Summe in 8000 Kanäle rinnt! Und wie wenige wissen, daß das Farbwerk zwar jährlich mehr als 10 Millionen in die Taschen seiner Aktionäre schüttet, aber nur 8 1/2 Millionen Mark als Arbeitslohn auszahlt! Noch weniger Leser aber erfahren, daß der Durchschnittslohn in den Höchstfarbwerken im Jahre 1911, nach den eigenen Angaben des Werkes

in der Jubiläumsschrift, ganze 1120 Mark betrug, eine Summe, die auch nicht annähernd zum Unterhalt einer Familie ausreicht! Eine Lohnerhöhung als Jubiläumsgabe wäre mithin nicht einmal eine rühmensewerte Tat, sondern nur die Erfüllung einer sozialen Pflicht gewesen.

Es ist deshalb auch nicht verwunderlich, daß die Arbeiter über die in der Unternehmerpresse so hoch gepriesene Jubiläumsgabe der Farbwerke absolut nicht erfreut sind. Im Gegenteil, die Enttäuschung ist allgemein, die Unzufriedenheit größer denn je. Die Arbeiter hatten auf eine durchgreifende Lohnerhöhung gerechnet, nur über den Umfang gingen die Meinungen auseinander, und jetzt werden sie mit einem „Geschenk“ abgespeist, das selbst hinter den allerbesten Erwartungen weit zurückbleibt.

Die Arbeiter machen aus ihrer Unzufriedenheit auch gar kein Geheimnis. Sie haben in glänzenden besuchter Versammlungen ihrer Enttäuschung wie ihren Wünschen unzweideutig Ausdruck gegeben. Sie haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie Recht statt Gnade, Lohn statt Geschenke, Brot statt Orden haben wollen.

Ueber diesen „Undant“ der Arbeiter ist das „Höchster Kreisblatt“ so enttäuscht, daß es einen ganzen Leitartikel braucht, um eine aus viel Dummheit und ein wenig Bosheit gemischte Schimpfepistel in einer Portion an den Mann bringen zu können. Dagegen ist natürlich nichts zu sagen. Höchstens kann man sich darüber wundern, daß die Ehrenrettung der Farbwerke einem Menschen übertragen wird, dessen geistige Fähigkeiten der Aufgabe auch nicht einmal annähernd gewachsen sind. Ob die Bezahlung so schlecht ist oder ob sich kein intelligenter Mensch an die undankbare Aufgabe gewagt hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Immerhin hätte das Kreisblatt den Versuch machen sollen, den „Dichter“, der das vor einigen Wochen im Kreisblatt veröffentlichte lange Poem zum Jubiläum auf dem Gewissen hat, mit der Aufgabe, die Farbwerke herauszuheulen, zu betrauen. Der hat nämlich ein unvergleichliches Geschick, so ganz nebenher, vielleicht auch ganz unfreiwillig, Dinge zu sagen, die zwar richtig aber gerade deswegen der Farbwerkdirektion wenig angenehm sind. So, wenn er sich zu dem poetischen Geständnis bequemt:

Immer rege und geschäftig  
Floramens die Führer hinan.  
Und hinter ihnen  
Zausende dienen  
Dem nämlichen Ziel.  
Es reihen ohne Halten  
Beim Stürzen der alten  
Verbrauchten Helfer  
• Sich kraftstrotzend neue  
Regsam an.

Diese „Poese“ ist richtig. Es stimmt durchaus, daß die „Führer“ hinanklimmen und die „verbrauchten Helfer“, wenn sie „stürzen“, durch neue ersetzt werden. Wenn aber wir das sagen, nennt man es „Heresie“. Und wenn der eifrige junge Mann, der so hitzig gegen die undankbaren „Sozialdemokraten“ vom Leder zieht, gerecht sein will, muß er demnächst seinen Kollegen vom Pegasus herunterholen und recht dorb abschütteln.

Wenn aber das Höchstfarbwerk glaubt, die Arbeiter würden durch die sozialdemokratische Führerschaft zum Undant aufgestachelt, so ist das ein Irrtum, der nur aus einem nicht gerade häufigen Grad von nun — sagen wir einmal milde — Naivität erklärlich ist. Die Versammlungen sind auf ausdrücklichen Wunsch der enttäuschten Arbeiter einberufen, und der Referent hat nur der herrschenden Unzufriedenheit offen Ausdruck gegeben, nicht aber diese erst erzeugt. Das beweist doch schon der glänzende Besuch der Versammlungen. Und dabei hatte der fürsorgliche Höchstfarbwerk Magistat dem Verband die Plakattafeln gesperrt mit der Begründung, die Stadt sei durch das Geschenk der Farbwerke zu Dank verpflichtet und könne deshalb die Plakattafeln nicht zur Anführung einer gegen die Farbwerke gerichteten Versammlung hergeben. Eine überwältigende Logik! Dem dankbaren Herrn Bürgermeister und allen die ähnlich denken, sei hier gesagt, daß die Farbwerke selbstverständlich nicht auf Dank rechnen, denn damit würden sie ihre Wohltat als eine geschäftliche Spekulation charakterisieren. Und die Arbeiter lehnen es ebenso selbstverständlich ab, für die „großartige Millionengabe“ in ewiger Dankbarkeit zu ersterben, denn sie wollen nicht als hohe Wohltat preisen, was schließlich doch nur ein spekulatives Geschäft ist.

### Wir haben gewarnt!

„Die Heresie bei der Arbeit in der Karbolsäure ist so stark, daß man glauben muß, das Farbwerk will die Jubiläumsgabe wieder herausheulen, und die Gefahr eines Unglücks ist sehr groß“, sagte in der am 18. Januar dieses Jahres tagenden Betriebsversammlung ein Arbeiter.

Und kaum sechs Tage später müssen wir berichten, daß der Arbeiter Dietrich, welcher in der Karbolsäure der Höchstfarbwerke beschäftigt war, in Gestalt einer Feuersäule aus dem Arbeitsraum stürzte und nach einigen Minuten tot zusammenbrach. Derselbe war im Destillierraum der Karbolsäure beschäftigt und hatte den Destillationsapparat zu bedienen.

Leider ist auch hier der Einzige, welcher Aufklärung geben kann, tot; jedoch wollen wir mit folgenden Zeilen versuchen, der Staatsanwaltschaft behilflich zu sein und auch einige Mißstände in dieser Uebeln aufdecken. In dem Destillierraum stehen zwei kupferne Apparate nebst Kühlfässer und Vorlagen, in welchen sich das Destillat sammelt, der obere Teil vom Apparat ist 2 1/2 Meter vom Erdboden entfernt. Auf dem oberen Teil, den Deckel, befinden sich mehrere Stützen und das Mannloch, auf einem dieser Stützen sitzt an einem 1/2 Meter langen Rohr das Manometer, und an diesem Manometerrohr befindet sich in der Mitte ein Abzweigrohr, welches zum Dache hinausführt. In diesem Abzweigrohr sitzt ein Ventil, welches bei Ueberdruck geöffnet wurde; dieses Ventil hielt niemals dicht, es tropfte fortwährend, wahrscheinlich weil die Verpackung den Keuzungen nicht widerstand. Nachdem man nun drei Wochen seit Uebersetzung resp. seit Benutzung der Apparate diesen Verlust am Ventil beobachtet hatte, kommt ein überklärter Vorgesetzter auf den Gedanken, im Manometerrohr, kurz über dem Deckel, einen Durchgangshahn einzufachalten, der keine Dichtung braucht. Sollte nun der das Feuer bedienende Dietrich sehen, wie

viel Druck er im Apparat hatte, dann mußte er eine 2 1/2-Meter-Leiter hochsteigen, den Durchgangshahn öffnen, und nun erst konnte er am Manometer den Druck ablesen. Also, Herr Staatsanwalt, sollte nicht hier ein großer Fehler sein und der Grund der Explosion des Destillierapparats liegen? Ein andres Moment ist noch in den Antreibereien der Aufseher Edert und Siedentopf zu suchen, ob nun durch Befehle von oben oder aus eigenem Triebe ist unbekannt. Der Betrieb Karbolsäure ist ein neuereingerichteter Raum; anfangs, vor sechs Wochen, wurden pro Schicht drei Kessel gekocht, nach einigen Wochen leistete man schon fünf, und zurzeit müssen sechs Kessel gekocht werden. Alles dies war möglich ohne technische Verbesserungen, nur allein durch die Antreibereien. Ob nun hier das Wohlwollen der Direktion den Arbeitern Schutz gibt? Wir behaupten gewiß nicht zuviel, wenn wir den Arbeitern zurufen, treue der Organisation bei, dann erst habt ihr Schutz für Leben und Gesundheit!

### Die Hasenjagd in der chemischen Fabrik.

Kamni da kürzlich ein Nimrod an die Pforte der Fabrik Wohlgelegen mit der Bitte um Einlaß, er wolle sich einen Hasen holen, welcher von ihm „angebleit“ worden und im Todesring noch durch die Umzäunung der Fabrik durchgeschlüpft sei. Man gewahrt dem Besenten Eintritt und glaubt ihm damit eine Freundlichkeit erwiesen zu haben; man hatte sich aber getäuscht, denn am andern Tage ging das folgende Schreiben im Wortlaut ein:

Firma G. . . . F. . . . W. . . .

Im Auftrage der Jagdpächter Mannheimer Jagdgesellschaft, Herren G. W. A. D. und G. H. teile ich Ihnen mit, daß ein Hase, infolge einer Öffnung Ihres Zaunes gegen die Hühnerfabrik in Ihrer Fabrikgebäude gelangte und dort in eine Säurepfütze fiel, so daß er nicht mehr verwendet werden konnte. Ich frage bei Ihnen an, ob Sie diesen Hasen, welcher 3,00 Mk. kostet, bezahllen wollen, derselbe steht Ihnen in dem Fabrikgelände der Firma G. u. H. zur Verfügung. Falls ich nicht bis längstens morgen Abend Antwort habe, werde ich diesen Hasen vernichten lassen und Ihnen dann Kostenrechnung übersenden.

Geschäftsbüro:

Mannheimer Jagdgesellschaft  
Ges. F. A. G. H.

Darauf erfolgte folgende Antwort:

Herrn G. H., Mannheim.

Wir bezeugen Ihr gefl. Schreiben vom 28. cr. und haben mit großem Interesse davon Kenntnis genommen, daß Sie für Ihren Hasen, welcher gestern unbefugter Weise in unsern Fabrikbetrieb eingedrungen ist, Schadenersatz im Betrage von 3,00 Mk. verlangen.

Der fragliche Hase ist in unsern Schwefelatriumbetrieb gelangt und dort in eine mit geschmolzenem Schwefelatrium gefüllte Pfanne gesprungen, wodurch er erheblichen Schaden verursacht hat. Wir müssen nicht nur Ihren Anspruch auf Ersatz des Hasen ablehnen, sondern uns im Gegenteil vorbehalten, Ihnen Kostenrechnung über den uns durch Ihren Hasen verursachten Schaden auszustellen. Das Betreten unser Fabrikbetriebe ist allen Unbefugten strengstens untersagt und müssen wir Sie ebenso höflich wie dringend bitten, Ihre Hasen in diesem Sinne zu instruieren.

Geschäftsbüro:

Berein Chemischer Fabriken in Mannheim.

### Unfälle.

#### Wieder ein tödlicher Unfall in der Amilinfabrik Ludwigshafen.

Am Montag, dem 20. Januar, abends 6 Uhr, wurde beim Schwefelkiesfahren der 13 Jahre alte verheiratete Arbeiter Wengert von herabstürzendem Schwefelkies erschlagen. Er erlitt schwere Verletzungen, denen er abends 9 Uhr im hiesigen Krankenhaus erlag. Andern Tags hieß es im Polizeibericht, der Arbeiter sei „verbrannt“. Wie diese Verwundung möglich war, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir vermuten, daß die falsche Angabe auf der Polizei gemacht wurde, damit die Betriebsleitung weniger schuldig erscheinen sollte, denn Verände werden in der chemischen Industrie als unabwehrbare höhere Gewalten bezagnet. Der folgenschwere Unfall ist auf die Treibereien im Betrieb z. z. zurückzuführen. Früher wurden die Arbeiter nach Bewältigung der transportierten Riesenmassen bezahlt. Jetzt haben sie 12 Mark Wochenlohn, dafür aber auch die Verpflichtung, sämtliche Kiesböden ohne Unterbrechung mit Kies zu versorgen. Das gelingt nicht immer, manchmal nur mit den größten Anstrengungen. Am Unglückstage war von der Partie, die zehn Mann zählt, ein Arbeiter erkrankt. Einen Ersatzmann stellte die Fabrik nicht. In der allgemeinen Arbeitsüberbürdung wurde die notwendige Sorgfalt außer acht gelassen und der Arbeiter von einem ausermitteltbrechenden Kiesblock, der etwa 800 Zentner schwer war, erschlagen. In einer Zeitung, die nachmittags erscheint, stand zu lesen, der Arbeiter hätte entgegen der Vorschrift gehandelt und dadurch seinen Tod selbst verschuldet. Unser Ansicht nach ist der Schuldige dort zu suchen, wo unterlassen wurde, den erkrankten Mann zu ersetzen. Einige Tage vorher wurde in der in Ludwigshafen erscheinenden „Fälzischen Post“ das Verhalten eines Aufsehers im Amilinfabrik kritisiert, der den Arbeitern entgegen der Vorschrift Handschuhe und Arbeitskleider vorenthielt. Aus Ärger hierüber wurde zwei Arbeitern getündigt, wobei der eine vollständig unbedeutend an der Sache war, wohl aber zu denen gehörte, die vom Aufseher zurückgewiesen wurden, als er Arbeitskleider verlangte. Solche Verstöße gegen die Arbeitersicherheit bleiben in der Fabrik ungestraft, wenn aber ein Arbeiter infolge des Systems zu Tode kommt, dann hat er gegen die Vorschriften verstoßen und seinen Tod selbst verschuldet.

### Edin-Ehrenfeld.

Geradezu ungläubliche Zustände herrschen gegenwärtig in der chemischen Fabrik von Levenstedt a. Ko in Ehrenfeld. Wenn man sich erinnert, wie es dort früher war, so muß man sagen, daß sich die Verhältnisse unter dem Regiment der neuen Betriebsleitung ganz bedeutend verschlechtert haben. Besonders ist es der Betriebsleiter, Herr Pollich, der reine Willkürmaßnahmen trifft. Die erste soziale Tat war die Einführung des Alfordsystems. Bedeutete das schon eine direkte Verschlechterung gegenüber der jetzigen Arbeitsmethode, so bilden die ständigen Alfordabzüge, die seit längerer Zeit vorgenommen werden, eine direkte Gefahr für Leben und Gesundheit der Arbeiter und eine bedeutende Verschlechterung der Lohnverhältnisse. Die Arbeiter werden durch die niedrigen Alfordabzüge gezwungen, über ihre Kräfte zu arbeiten, und dauernde Krankheit und Siechtum sind die Folgen dieser Arbeitsmethode. Jede Beschwerde über die skandalöse Behandlung wird mit einem höhnischen Lächeln zurückgewiesen. „Reimt euch in acht, ich zieh euch noch mehr ab!“ so lautet die Antwort der Betriebsleitung. Die einst vom sozialen Geist durchwehte Arbeitsordnung ist unter dem jetzigen Regiment ganz anders geworden. Alle sozialpolitischen Anordnungen sind verschwunden; nach echt reaktionären Rezepten wird mit den Arbeitern herumgesprungen. Wer sich nicht fügt, wird emulsiert. So erging es vor kurzem mehreren Arbeitern, die sich geweigert hatten, eine Betriebsversammlung zu besuchen. Jeder, der nur im Verdacht steht, organisiert zu sein, wird ohne weiteres aus dem Betrieb entfernt. Die Firma hat eine Anzahl Arbeiter, die ihr 25jähriges Dienstjubiläum feiern konnten! Früher war dies auch möglich. Unter dem heutigen System ist es aber gänzlich ausgeschlossen, denn die Arbeiter kehren dieser gastlichen Stätte schnell wieder den Rücken. Auch in sanitärer Beziehung wird mit der Gesundheit der Arbeiter Raubbau getrieben. Jedoch für heute genug. Wir werden nicht veräumen, in einem weiteren Artikel die Lohnverhältnisse, wie auch die sanitären Einrichtungen der Fabrik, so selbst die eigene Arbeitsordnung wird umgangen. Der Arbeiterdieses Betriebes aber rufen wir zu: „Kraft euch auf zum erneuten Vorstoß, schließt euch dem Verbands der Fabrikarbeiter an!“

### Keramische Industrie

## Aus den Gewerbeinspektionsberichten der deutschen Kleinstaaten im Jahre 1911.

L.

Die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten in den Kleinstaaten sind mit geringer Ausnahme derartig dürftig und verschwommen, daß sie auch noch nicht die Umrisse der jeweiligen Arbeitsverhältnisse zu geben vermögen. Damit wird natürlich der Zweck der Berichte zum größten Teil aufgehoben; allein die Rücksicht auf die Unternehmer erfordert das. Die wenigen Angaben, die sich die Beamten noch zu machen getrauen, können mithin nur als Stichproben gelten, an denen sich allerdings nicht immer der müßliche Zustand der Verhältnisse erkennen läßt. So liegen aus Mecklenburg-Strelitz, Sachsen-Altenburg, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Waldeck, Sachsen-Koburg-Gotha, Meuß a. L. und freie Stadt Hamburg keinerlei oder doch nur ganz geringfügige Mitteilungen vor, obwohl in diesen Staaten 129 Ziegeleien mit 2737 Beschäftigten gezählt wurden und es nach eigener Erfahrung an Mängeln in diesen Betrieben durchaus nicht mangelt.

In Mecklenburg-Schwerin waren 91 Ziegeleien mit 1681 beschäftigten Arbeitern vorhanden. Gegen das Jahr 1909 ist das eine Abnahme von 51 Ziegeleien und 157 Arbeitern. An dem Rückgang der Arbeiterzahl sind die Frauen und Jugendlichen wesentlich beteiligt; dies ist auf die gesetzliche Einführung des Achtstundentages für diese Arbeitskräfte zurückzuführen. Ein Ziegeleibesitzer, der diese Arbeitszeit unbeachtet ließ, wurde mit einer Geldstrafe von 3 Mark und ein anderer mit 40 Mark bedacht. Als unzulässig wird die Arbeitszeit der Brenner bezeichnet, die, wenn sie als einzige Brenner im Betrieb tätig sind, während der ganzen Kampagne die Nachtruhe entbehren müssen. Ob diese Gepflogenheit, die den Menschen zum Nachtwandler macht, geändert wurde, ist im Bericht nicht vermerkt.

Das Risiko der Arbeit zeigt sich in zwei schweren Unfällen, wovon einer tödlich verlief. Ein Ziegeleiarbeiter erlitt eine Handverletzung, verschmähte es aber, ärztliche Hilfe in Anspruch zu nehmen. Diese Vernachlässigung zog eine Blutvergiftung nach sich, die den Tod herbeiführte. Der zweite schwere Unfall ereignete sich in einer Wandplattenfabrik. Ein Brenner, der den Schornsteinheber eines Brennofens öffnen wollte, rutschte dabei aus und stürzte über das Geländer hinweg, vom Ofen herunter, wobei er schwere Verletzungen erlitt. Eine Erhöhung des Geländers sowie die Anbringung fester Treppen zum Besteigen der Ofen wurde daraufhin angeordnet. Vertriebsgefahren wurden mehrfach vorgefunden. So fehlten in einer Ziegelei sämtliche Schutzvorrichtungen an einer Lokomotive, die als Antriebsmaschine diente, obwohl diese von der Fabrik mitgeliefert worden waren. In einem Falle war das Dach eines Ringofens daran baufällig, daß es als Menschenfalle galt und eine Befestigung dieser Gefahr gefordert werden mußte. — Bleibergigungen wurden in einer Wandplattenfabrik in drei Fällen festgestellt. Die in diesem Betriebe mit Vermischungen beschäftigten Arbeiter werden alle zwei Monate ärztlich untersucht.

Die Unterbringung der Ziegelei-Wandplattenarbeiter zeigte Mängel in Höhe. Der Beamte sagt in seinem Bericht wörtlich: „Sauferteil und Ordnung ließen oft zu wünschen übrig. In einigen Ziegeleien entsprachen die Wohn- und Schlafstätten nicht den billigen Anforderungen hinsichtlich der Höhe, der Licht- und Luftverhältnisse und der Ausstattung; in einer solchen Anlage sammelte es von Ungeziefer. In einzelnen Schlafzimmern waren wiederum mehrere Ehepaare zusammen untergebracht. In einem Falle wurde der Unternehmer in Geldstrafe genommen. In einer andern Anlage gelang die Einführung der notwendigen Verbesserungen erst nach gemeinsamer Beschäftigung mit dem Arzt und Verfügung durch die höhere Verwaltungsbehörde. In einem weiteren Betriebe wurde gegen die Weiterbenutzung der direkt über dem Ofen belegenen Wohnräume mit Erfolg eingeschritten.“

Diese Ausführungen lassen erkennen, wie schwer es ist, die Ziegeleibesitzer im Lande des Ochsenkopfs zur Einführung ordnungsgemäßer Zustände zu zwingen, und aus den Berichten klingt es fast wie Jubel, wenn die Bemühungen der Beamten einen Erfolg zeitigen. Und das sind dieselben Ziegeleibesitzer, die bei ihrer Begründung kürzlich bewiesen, die Herbeiführung und Pflege „gesundheitlicher Verhältnisse“ zwischen Ziegeleibesitzern und Ziegeleiarbeitern zum Ziele zu haben.

In Sachsen-Weimar wurden 45 Ziegeleien mit 1306 Beschäftigten gezählt. Gegenüber dem Jahre 1909 ist dies eine Vermehrung um zwei Betriebe und 40 Arbeiter. In diesen Ziegeleien wurde beobachtet, daß die Beschäner der Ziegeleien für die daran tätigen Arbeiter erhebliche Unfallgefahren im Gefolge haben. In zwei Fällen wurden schwere Verletzungen festgestellt. Es wird deshalb mit Recht verlangt, daß der Stand der Arbeiter an den Beschälern durch Festlegung von Abständen gegen jedes Ungleichen in den Materialbehälter geschützt ist. — In zwei Sandgruben wurde Lebensgefahr durch die Arbeiter an den Beschälern durch Festlegung von Abständen gegen jedes Ungleichen in den Materialbehälter geschützt ist. — In zwei Sandgruben wurde Lebensgefahr durch die Arbeiter an den Beschälern durch Festlegung von Abständen gegen jedes Ungleichen in den Materialbehälter geschützt ist.

Unter Wohn- und Schlafstätten sind registriert, daß die Beschäftigten in der Ziegelei-Industrie in Sachsen-Weimar aus Anlaß des zehnjährigen Betriebsjubiläums dreißig Arbeiter, die seit Beginn der Fabrik dort beschäftigt sind, je 200 Mark erhalten. Dieses „Geldchen“ sollen auch die späteren Jubiläen erhalten. Warum diese Geschenke im Gewerbeinspektionsbericht vermerkt werden, ist schwer verständlich. Gewiß bedeuten 200 Mark für einen Gemeindegeldbesitzer, der stößt in seinem Leben, das so viel Geld noch nicht bekommen hat, ein beträchtliches Kapital. Aber dieses Kapital hat er in den 25 Jahren schon durch den Verlust und noch öfter erworben, und wenn er es nun einmal erhält, dann kann es unendlich als Geschenk betrachtet werden. Bedenkt man dieses „Geldchen“ pro Arbeiter drei und ein halbes Prozent, also etwa soviel wie man einem Arbeiter gewährt, so ist dieses Kapital durch die Gewerbeinspektion?

In Sachsen-Meiningen waren 38 Ziegeleien mit 793 Arbeitern vorhanden, was eine Abnahme von zwei Ziegeleien und 76 Arbeitern gegen das Jahr 1909 bedeutet. Die dortigen Wohnverhältnisse werden am besten durch nachfolgende amtliche Schilderung gekennzeichnet. Bei der Revision einer Ziegelei traf der Beamte drei Kinder, die in der Nähe der Ziegelebrenne spielten und einem in der Ziegelei tätigen Ehepaar gehörten. Der Beamte wies die Kinder pflichtgemäß aus dem Betriebe, worauf sich die Mutter genötigt sah, die Arbeit aufzugeben, da sie die Kinder nicht ohne Aufsicht lassen konnte. Der Mann, der dadurch das Einkommen und die Existenzmittel seiner Familie erheblich geschmälert sah, erging sich in überflüssigen Grobheiten gegen den Beamten. Der Ziegeleibesitzer dagegen erklärte sich mit der Maßnahme des Beamten einverstanden und betonte, er habe schon mehrfach dergleichen versucht, die Kinder aus dem Betriebe zu entfernen, aber Zwang oder Strafe könne er nicht anwenden, da ihm sonst alle Arbeiter davonliefen. Es ist nun nicht anzunehmen, daß die Ziegeleiarbeiter die schwierigere und schmierige Ziegeleiarbeit aus Zeitvertrieb verrichten, sondern der geringe Verdienst des Mannes ist es, der sie ins Reich zwingt und den Ziegeleibetrieb zur Kinderstube macht. Die dem Beamten zugehörigen Grobheiten sollten die Arbeiter mehr gegen die Ziegeleibesitzer richten, damit ihnen ein Lohn wird, der die Mitarbeit der Frauen entbehrlich macht. Fürchten die Ziegeleibesitzer das Davonlaufen der Arbeiter, so ist die Möglichkeit einer Lohnaufbesserung sicher vorhanden.

Auf dem Schlachtfeld der Arbeit fielen zwei Arbeiter, und zwar zwei Maschinen. In einer Ziegelei war der Maschinist bei der Ausführung einer Reparatur am Rollengang beschäftigt, als sich dieser plötzlich in Betrieb setzte. Der Arbeiter geriet dabei unter die Walzen, die ihm den Brustkorb eindrückten. Der zweite Unfall ereignete sich durch eine am Boden laufende Transmissionsmaschine. Der Maschinist wollte mit dem Fuße einen Riemen abmerken, wurde dabei von der Transmissionsmaschine zu Boden gezogen, glücklich verkrümmt und geädelt.

Als Wohlfahrtsvereinigung wurde in einem Betriebe eine Spartasse für die Arbeiter gegründet, in die sie am Lohnstage 50 Pf bis 2 Mk. einlegen können. Am Jahresabschluss standen den meisten Spartnern gegen 90 Mark zu Buch. Eine solche Einrichtung fördert natürlich mehr die Wohlfahrt des Unternehmers, als die der Arbeiter, da sie jede Lohnaufbesserung hindert. Denn solange die Arbeiter den Nachweis liefern, daß sie sich noch etwas am Munde abzusparen vermögen, wird der Unternehmer von der Notwendigkeit einer Lohnerhöhung nicht zu überzeugen sein. Die Spartasse der Arbeiter ist mithin auch eine Spartasse der Unternehmer.

— Vom Geschäftsjahr 1912. Die Vereinigten Speierer Ziegelewerke A.-G. Speier-Mannheim berichten über die Herstellung von Dachziegeln, Hintermauer- und Kanalsteinen: Der Geschäftsgang im Jahre 1912 hat gegen das Vorjahr wieder eine Besserung erfahren. Die Produktion war bei weitem in einem größeren Maße als im Vorjahr. Der Absatz war sowohl im Inland als auch im Ausland recht flott. In den Monaten der Hauptproduktion konnten wir den Anforderungen, die wegen der Ablieferung von Dachziegeln an uns gestellt wurden, obgleich alle Hebel in Bewegung gesetzt waren, mangels Vorrats nicht gerecht werden, und viele Aufträge mußten unerledigt bleiben. Durch das Wiedererlangen der Rechte des Nachmittags- und der Obermorgens-Verkaufsstellen Mannheim, erfuhr auch die Preise der Dachziegel eine Erhöhung, welche die Produktion dieses Artikels wieder etwas lohnend machen. Auch für dieses Jahr erwarten wir infolge des Mehrverkaufs gegen das Vorjahr einen erhöhten Fabrikationsgewinn. Durch Neuerwerb von drei weiteren Werken hat sich unser Betrieb vergrößert. — Eine deutliche Maßnahme für die dortigen Ziegeleiarbeiter!

— Orden und Ehrenzeichen. Die gegenwärtige Hochkonjunktur in den Ordenverleihungsgeschäften hat ihren Segen auch auf die Arbeiterwelt ergossen. Die Zeiten, wo sich die Arbeiter mit dem Hinweis auf die ewige Seligkeit willig ausgaben lassen, sind allmählich, und so sehen sich die besitzenden Herrschaften genötigt, den Arbeitern etwas Besseres zu bieten. Ihnen den wohlverdienten Lohn zu geben, kommt den Herrschaften natürlich zu teuer, man greift deshalb zu billigen Ersatzmitteln, zu Wohlfahrtsvereinigungen und neuerdings auch zu Diplomen, Denkmünzen und Ehrenzeichen. Wie man kleine Kinder mit einem Hampelmann zufriedenstellt, so wird seit einiger Zeit versucht, die Begehrtheit der Arbeiter durch einen glänzenden Piepmatz oder sonstiges kappenbesetztes Spielzeug zu dämpfen. So sind auch kürzlich gelegentlich des preussischen Ordensfestes und des bayerischen Regentenfestes eine Anzahl Arbeiter mit solchen Sachen bedacht worden. Natürlich erkleiden sie nicht etwa „hohe“ Orden und Sterne, nein, auch hier entscheidet der Geldsack. Was will auch so ein armer Teufel im spätabendlichen Mod mit einem schwarzen Adlerorden; er hat in das alte Zeit, um ihn spazieren zu führen. Für ihn genügt das allgemeine Ehrenzeichen in Bronze, denn es muß doch alles zusammenpassen. Wie sehr dem Rechnung getragen wird, zeigen folgende Beispiele. Der Direktor der sächsischen Portland-Zement-Fabrik in Göschwitz erhielt den Rosen-Adlerorden und der Ziegeleiarbeiter Jakob Kuhn in Lenzen bei Elbing das Bronzene Ehrenzeichen. Der Direktor der Steingutfabrik Witten a. Hoch in Westfalen erhielt den Preussischen Verdienstorden vom St. Michael und der Longrubenarbeiter Jakob Mebler in Schwandorf die Bronzene Verdienstmedaille. Ob im vorliegenden Falle die Verdienste um die Menschheit bei den Direktoren oder bei den Arbeitern überwiegen, soll hier nicht untersucht werden. Es ist aber, daß das Verdienst so mancher delinquenten Industriellen gefördert zu haben, während Millionen unbedarfter Arbeiter das Verdienst begehren. Kraft und Mark, Gut und Blut im Interesse der Menschheit gespart zu haben und diese Verdienste auch auf den bunten Farn zu setzen, das ist ein Zeichen, daß die „Ehrenzeichen“ sehr oft mit willkürlicher Hand zu vergeben sind. Für den bescheidenen Arbeiter ist das höchste Ehrenzeichen nicht der Piepmatz, der ihm von irgend einer Stelle für unbedeutende Verdienste besetzt wird, sondern wenn er mit feinesinnigen Vor- und nachträglichen Freuden nach einer höheren Stufe der Menschheit

mit dem Diplom ein „nomhaftes Geldgeschenk.“ Ueber die namhafte Höhe dieser Geschenke unterrichtet uns ein Bericht der Schroeder'schen Papierfabrik in Holzern in Nr. 2 des „Wochenblattes.“ Nach diesem Bericht erhielten für 10jährige Dienstzeit zwei Arbeiter je 60 Mark, oder die „namhafte“ Summe von 6 Mark pro Jahr. Vier Arbeiterinnen je 40 Mark, also sogar 4 Mark pro Jahr. Für 25jährige Tätigkeit ein Beamter 700 Mark und 10 Arbeiter je 300 Mark, oder 12 Mark pro Jahr. Letztere so bemerkt der Bericht, erhielten außerdem noch je ein Diplom des „Vereins Deutscher Papierfabrikanten.“ Ob das Diplom wohl 400 Mark wert war? Jedenfalls, sonst hätte doch der Beamte ohne Diplom nicht 700 Mark erhalten, oder?

Über auch unsere Regierungen würden die ausdauernden Dienste des Arbeiters. So erhielt anlässlich des Neujahrsfestes der Röllner Wästan in der Döchter Papierfabrik vom Prinzregenten von Bayern die „bronzene Medaille des Verdienstordens vom heiligen Michael.“ Wie während! Mit solchen Mitteln sollen die Arbeiter über ihre soziale und wirtschaftliche Lage hinweggeföhrt werden. Leider gibt es in der Papierindustrie noch so manchen Kollegen, der seine eigenen Interessen mit Füßen tritt, der zum Verräter seiner Berufskollegen wird, nur um ein „Titelchen ohne Mittelchen“ zu erlangen. Daß es solche Titel in Hülle und Fülle gibt, beweist die obengenannte Ehrenmedaille. Nur einige seien hier genannt: Rollmüller, Halbstoff- und Gangstoffmüller, Kocherwäcker, Oberflüßiger und wie die diversen Maschinenführer, erste, zweite und dritte Gehilfen, noch alle heißen. Die denkende Papierarbeitergesellschaft verzichtet auf eine derartige Auszeichnung; sie weiß, daß sie damit die hungrieren Mägen ihrer Familienangehörigen nicht füllen kann. Dieselbe hat den Weg gefunden zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sie wird ihn auch weiter finden im „Verbande der Fabrikarbeiter Deutschlands“ mit seinen über 200 000 „Kampfbauern.“ Die aufgeregte Arbeiterkraft ist der Ueberzeugung, daß, wenn sie doch einmal als Arbeitsinvalid ihr Brod erbettelt, ihr der „Verdienstorden des heiligen Michael“ am Kollragen und das „Diplom der Papierfabrikanten“ am Leertafeln auch nichts mehr nützt.

+ Tödtlich verbrüht wurden in der Papierfabrik in Weiskens a. d. S. die Arbeiter Richter und Weigel durch das Plagen eines Dampfprohres. Die beiden Verlegten wurden sofort ins Krankenhaus gebracht, erlagen aber dort ihren Verlegungen.

### Verchiedene Industrien

Organisationskämpfe im thüringisch-fränkischen Schiefergebiet. Aus Ebersdorf in Oberfranken wird uns geschrieben: Die Schieferarbeiter an der thüringisch-fränkischen Grenze haben von dem ihnen rechtspfechtlich garantierten Rechte der Organisation Gebrauch gemacht. Vor sieben Jahren hat schon ein Teil der heiligen Arbeiterkraft erkannt, daß der einzelne im heutigen wirtschaftlichen Kampfe machtlos ist, daß nur durch Zusammenhalt, durch Anhalten an eine größere Organisation ihre Lage verbessert werden kann. Langsam zwar, doch immer größer wuchs das junge Bündnis, welches unsere Zahlreiche bildete. Gleichzeitig haben wir neben uns im nahen Gebiete eine Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes aufzuweisen. Nahezu 1000 Mitglieder zählen heute diese beiden Zahlstellen. Die Entwicklung dieser beiden Zahlstellen hat nun aber auch das Unternehmertum bemerkt, und ohne Zweifel erblickt es darin eine Macht, die einmal auf den Plan treten könnte. Vor zwei Jahren schon machte man den vergeblichen Versuch, unsere Organisation zu vernichten. Die führenden Personen wurden aus der Arbeit entlassen und durch schwarze Huten wurde bewirkt, daß sie nirgends eingeführt wurden. Herr Direktor Sey vom Friedrichsbruch äußerte damals, er wolle uns in „Hunger verreden“ lassen. Wir hatten ja schwer um das Dasein zu kämpfen, doch ist es nicht einem einzigen eingefallen, seiner Organisation den Rücken zu kehren. Herr Sey aber, der damals in dieser Gegend eine Machtperson war, war einige Wochen nach jenem Ausbruch ein ruhmreicher Mann, denn der Friedrichsbruch war bankrott. Der Betrieb wurde vom Hauptgläubiger bis zum letzten Herbst betrieben, Herr Sey aber kam an einen Ort, wo ihm Gelegenheit geboten ist, über seinen Ausbruch nachzudenken. Unsere beiden Zahlstellen wuchsen seit der Zeit immer mehr heran, ohne daß uns ein Hindernis im Wege stand. Kurz vor Weihnachten wurde der Friedrichsbruch stillgelegt und gleichzeitig Schieferbruch Ebersdorf bei Ludwigsstadt. Mehr als hundert Arbeitlose waren mit einem Schlag zu verzeichnen, so daß ein Arbeiterangebot wie noch nie zuvor dem Unternehmertum zur Verfügung stand. Dieses Arbeiterangebot gab nun den Unternehmern Gelegenheit, wieder einen Vorstoß gegen unsere Organisation zu unternehmen. Dertelsbruch machte den Anfang, und ihm folgte sofort Schieferbruch Ausdauer. Selbstverständlich nahmen wir in einer Versammlung sofort Stellung zu dem Vorgehen der Unternehmer. Am 20. November wurden die Vertreter beider Verbände auf Druck Ausdauer vorbestimmt. Der Vertreter Friedrichsbruch auf Ausdauer lehnte es jedoch ab, mit unsern Vertretern zu verhandeln. Er übertrug diese Aufgabe sogar mit einer Frist von Bestimmungen und verbot ihnen, das Terrain des Betriebes weiter zu betreten. Einmütig stand die ganze Zahlstelle von circa 130 Mann an ihre beiden Vertreter und hörte die Schmachworte ihres Betriebsleiters an. Es bedurfte vieler Mühe, um die Leute noch mal an ihre Arbeitsstätte zu bringen. Herr Friedrichsbruch war inzwischen weitere acht Kollegen auf die Straße, immer in der Hoffnung, die Arbeiter jetzt in den Streik treiben zu können. Doch auch diese Brutalität konnte uns bis jetzt nicht aus Fassung bringen. Wir kämpfen, wenn uns die Zeit günstig erscheint, nicht aber, wenn Herr Friedrichsbruch es wünscht. Wir kümmern uns vorläufig nicht um seine Drohungen, fragen auch nicht nach seinen Spottreden. Die Arbeiterkraft an der thüringisch-fränkischen Grenze lernt durch das brutale Vorgehen der Unternehmer nur immer mehr einsehen, daß es hier keinen andern Weg mehr für sie gibt, als den festen Zusammenhalt. Durch vereinte Kräfte wurde schon mancher Bergarbeiter klein gemacht, und mancher Unternehmer oder Grundbesitzer, der mit unsern Vertretern nicht verhandeln wollte, mußte schon einsehen, daß auch seine Gewalt nicht an den Himmel reicht. Unsere Kollegen auf Schieferbruch Ausdauer sowie auf den umliegenden Schieferbrüchen müssen wir ermahnen, daß sie das gute Werk, das sie sich geschaffen haben, noch besser ausbauen. Mühen sie dafür Sorge tragen, daß in Zukunft unsere Unternehmer es nicht mehr wagen, wegen der Verbandszugehörigkeit einen Kollegen auf die Straße zu setzen.

\* Friedrichsstadt. In der Norddeutschen Sago- und Tapiokafabrik hier war es uns unter Leitung des Besitzers F. Gündrap gelungen, einen einigermaßen auskömmlichen Lohn zu bekommen. Es gab durchweg 21 Mk. Wochenlohn, für Arbeiterinnen 33 Pf., zuletzt sogar 40 Pf. pro Stunde. Ueber dauerte dies nicht lange, weil der Besitzer Konkurs anmelden mußte. Nach einigen Wochen wurde der Betrieb wieder eröffnet unter der Leitung eines Betriebsleiters namens F. F. M. Dieser Herr hat nun unter der Maske der Arbeit. (reumbl.)-Gerecht die Sache sehr geschickt angefaßt. Unter Vorgabe, daß der neue Unternehmer, ein Kämpfer des F. G., bei dem Konkurs eine stattliche Summe eingestrichelt hatte, erklärte er, müsse, um überhaupt den Weiterbetrieb zu ermöglichen, auf die spärlichste Art und Weise gearbeitet werden. Dieses energische Sparen machte sich zuerst bei den Arbeitern bemerkbar, indem der Sparmaßstab auf die Hälfte der Lohnes auf das Höchstmögliche von 18 Mk. (exklusiv Versicherungsgebühren) reduzierte. Diesen horrenden Lohn von 18 Mk. bekommen aber nur einige Arbeiter. Ein jüngerer Arbeiter erhält 15 Mk., ein älterer sogar nur 12 Mk. pro Woche. Was für ein Schicksal, als die andern Arbeiter, jedenfalls muß derselbe jüwiler arbeiten, als die andern, ebensoviele 11 Stunden. Do der junge Mann noch eine alte Mutter zu unterhalten hat, so kann man sich wohl denken, was der Mann über hat. Der alte Mann ist verheiratet und erhält 12 Mk. für einhändige Erziehung. Und das bei den heutigen Lebensmittelpreisen! Allzuviel Fleisch wird da wohl nicht auf den Tisch gekostet sein. Verhalte, die Löhne etwas aufzubessern und die Arbeitszeit herabzusetzen, wurden vom Betriebsführer abgewiesen. Dieser Arbeiterführer meinte, die Arbeit in der Fabrik sei ja spielend leicht, sei überhaupt Arbeit gar nicht zu nennen. Gute Verfassung der Arbeitszeit raube überhaupt für die Arbeiter nicht, dann läßen dieselben noch mehr in den Wirtschaften. Sollten die Arbeiter jedoch durch irgendeinen Druck trotzdem den Versuch machen wollen, dann würde er die Ruhe halten. Auch in diesem Vertriebe sollten die paar Leute mehr zu sammeln und einer Organisation beitreten, denn nur vereintes Handeln und Streben kann hier helfen.

### Papier-Industrie

+ Papir hat Wert. Das Diplom des „Vereins Deutscher Papierfabrikanten“ erhielten auch dem „Wochenblatt für Papierfabrikanten“ für ununterbrochene 25jährige Tätigkeit bei derselben Firma zwei Weimar und drei Arbeiter, nämlich 10 Beamte und 94 Arbeiter. Die Ehrenmedaille des Vereins der Papierfabrikanten floren also diesmal die Namen von 172 Delinquenten. Der Unwiderstand wird unmissverständlich zu der Ueberzeugung kommen, daß nur eine unabhängige Organisation und angemessener Verdienst eine solche lange Tätigkeit ermöglichen. Leider ist dieses nicht anders. Bei dem in der Papierverzeugungsbetriebe üblichen Normallohn von 12 Stunden Lohn der durchschnittlichen Jahreslohn eines Fabrikarbeiters ist Jahre 1918 62 Mark. Aber auch dieser Durchschnittslohn kommt nur durch Zahlung zahlreicher Überstunden erreicht werden. Während also unsere Papierfabrikanten in gewissen Jahreszeiten zu einem beträchtlichen Ueberschuß gelangen, hat sich der Papierarbeiter in seinen 25jährigen Tätigkeit drei Diplome — erpart. Paradox — ohne eine Ehre gekostet! Die so delinquenten Arbeiter erhalten ja auch